



20. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld vom Mittwoch, 11. Dezember 2024

Ort	Grosser Bürgersaal im Rathaus
Zeit	16.00 bis 20.00 Uhr
Vorsitz	Hanspeter Gubler, Gemeinderatspräsident
Mitglieder	Parwin Alem Yar, Lisa Badertscher, Ivo Begic, Fabio Bergamin, Alessandra Biondi, Elio Bohner, Priska Brenner-Braun, Niklaus Briner, Reto Brunschweiler, Stefan Eggimann, Nathalie Fäh, Miriam Frei, Pascal Frey, Daniel Geeler, Robin Goldinger, René Gubler, Samuel Kienast, Ruth Krähenmann, Felix Kübler, Samuel Kunz, Tobias Lenggenhager, Christian Mader, Dominique Mayer, Luc Pizzini, Christoph Regli, Claudio Rügsegger, Fatmir Sanakosi, Christian Schmid, Beda Stähelin, Nico Stucki, Stefan Thalmann, Christoph Tobler, Annina Villiger Wirth, Stefan Vontobel, Roland Wetli, Kathrin Widmer Gubler, Roland Wyss, Christa Zahnd
Protokoll	Mathias Frei, Gemeinderatssekretär
Mitanwesend	Stadtpräsident Anders Stokholm, Stadträtin Barbara Dätwyler Weber, Stadtrat Fabrizio Hugentobler, Stadträtin Andrea Hofmann Kolb, Stadträtin Regine Siegenthaler
Entschuldigt	Laure Brem
Traktanden	102 Mitteilungen 103 Protokoll der Sitzung vom 27. November 2024 104 Botschaft Nr. 24 «Budget der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2025» <i>Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung</i>

Einleitung

Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP): Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Gäste auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich darf Sie heute zur 20. Sitzung der neuen Legislatur begrüßen. Das grosse Traktandum, das Budget der Stadt Frauenfeld, treibt nicht nur dem Finanzchef, sondern auch den Stadträten, welche zu kritischen Themen Stellung nehmen dürfen, den Pulsschlag höher. In diesem Sinn wünsche ich allen, geschätzte Gemeinderäte, ein friedliches und sachliches Debattieren.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind. Auf Anfrage hat das Ratsbüro Ralph Ribl, Fotograf der Thurgauer Zeitung, die Erlaubnis erteilt, während der Sitzung im Saal und auf der Galerie zu fotografieren.

Es sind 39 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte anwesend; der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 20.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement Art. 23b zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt, und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

102 Mitteilungen

Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP): Die heutige Sitzung ist die erste von Gemeinderätin Dominique Meyer. Ich darf dich heute ganz herzlich im Rat willkommen heissen und wünsche dir bei der Ratsarbeit viel Erfolg und Freude.

Da die heutige Sitzung traditionell bereits um 16.00 Uhr beginnt, werden wir eine Pause einlegen. Es wird eine Zwischenverpflegung mit Getränken und pro Person ein Sandwich und ein Schoggistängeli bereitgestellt.

Ein lachsfarbenes Papier mit den Änderungsanträgen der zwei Geschäftsprüfungskommissionen liegt vor. Ein Zusammenzug der vorab eingereichten Änderungsanträge aus den Fraktionen und dem Gemeinderat liegt ebenfalls bei.

Bei den Referenden ist keine Frist abgelaufen.

Stadtratsbeschlüsse:

- Mit Stadtratsbeschluss Nr. 315 vom 3. Dezember 2024 hat der Stadtrat den Rücktritt von Gemeinderat Samuel Kienast per 31. Januar 2025 genehmigt und das Ersatzwahlverfahren eingeleitet.
- Mit Stadtratsbeschluss Nr. 316 vom 3. Dezember 2024 hat der Stadtrat die Einfache Anfrage betreffend «Tieflohne bei der Stadt Frauenfeld» von Gemeinderat Pascal Frey dem Departement für Finanzen und Zentrales zur Beantwortung zugewiesen.
- Mit Stadtratsbeschluss Nr. 317 vom 3. Dezember 2024 hat der Stadtrat die Einfache Anfrage betreffend «Bauvorhaben, Baubewilligungen in Frauenfeld» von Gemeinderätin Christa Zahnd dem Departement für Bau und Verkehr zur Beantwortung zugewiesen.

- Mit Stadtratsbeschluss Nr. 320 vom 10. Dezember 2024 hat der Stadtrat den Terminplan für die Rechnung der Stadtverwaltung und die Betriebe für das Jahr 2024 genehmigt.

103 Protokoll der Sitzung vom 27. November 2024

Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP): Das Protokoll der Sitzung vom 27. November 2024 wurde am 5. Dezember 2024 im Dossierbrowser aufgeschaltet und ist für die heutige Sitzung zur Genehmigung traktandiert. Es sind keine Änderungsanträge eingegangen. Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll gewünscht? – Da sich niemand zu Wort meldet, wird das Ratsprotokoll stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

104 Botschaft Nr. 24 «Budget der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2025»

Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP): Mit Botschaft Nr. 24 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 22. Oktober 2024 haben wir das Budget 2025 der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park erhalten. Ich schlage folgendes Vorgehen vor: Wir beginnen wie üblich mit dem Eintreten. Danach folgt die Detailberatung, in der Änderungs- und Rückweisungsanträge gestellt werden können. Ich bitte Sie, die allgemeinen Voten zu Budget, Botschaft und Finanzplan erst zu Beginn der Detailberatung zu halten. In der Detailberatung werden wir den Ordner registerweise von vorn nach hinten durchgehen.

Grundlage für die Diskussion sind die Botschaft und das Budget, wie es der Stadtrat vorgelegt hat, inklusive der Änderungsanträge der GPKs gemäss dem lachsfarbenen Papier. In Register 3 werden im Hauptteil dieses Traktandums die Departemente 1 bis 5 inklusive Investitionen in den Registern departementssweise durchgegangen. Wünscht dennoch jemand das Wort, dieses seitenweise durchzugehen? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Eventuelle Anträge können dann direkt zu den einzelnen Konten gestellt werden. Anträge sind mir schriftlich einzureichen mit Seitenzahl, Kontonummer oder Investitionsnummer und Betrag. Dasselbe gilt auch für Anträge zu den Budgets der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park in den Registern 7 und 8. Zum Ende werden wir über die Anträge der Botschaft abstimmen. Sind Sie mit dem Vorgehen einverstanden? – Das scheint der Fall zu sein. Wir beginnen mit dem Eintreten.

Eintreten

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Die GPK ist einstimmig für Eintreten.

Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP): Gibt es weitere Wortmeldungen zum Eintreten? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Detailberatung.

Detailberatung

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Konkret sehen die Budgetergebnisse wie folgt aus: Die Stadtverwaltung möchte ein Plus von 2.5 Mio. Franken ausweisen, das AZP ein Plus von 70'000 Franken und Thurplus ein Plus von 6 Mio. Franken. Oder wie es Alt-Stadtammann Bachofner zusammenfassen würde: Sonne über Frauenfeld. So könnte man das Total von 9.6 Mio. Franken Gewinn interpretieren. Bei einem Umsatz von 257.6 Mio. Franken eine Marge von knapp 4 %. Lässig.

Die GPKs begrüßen den Umstand der entspannten Budgetsituation sehr, insbesondere auch, dass der Stadtrat die Zeichen aus den letzten Jahren ernst nimmt und klar priorisiert. Leider muss an dieser Stelle einmal mehr konstatiert werden, dass nicht nur die Sonne über Frauenfeld blendet, sondern auch das budgetierte Ergebnis. Thurplus konnte zwar betrieblich nun wieder eine schwarze Null budgetieren, aber eben nicht plus 6 Mio. Franken. Die Stadtverwaltung weist betrieblich ein Minus von rund 2 Mio. Franken aus, und beim AZP haben wir ein ganz anderes, viel grösseres Thema am Horizont am Stehen – 70'000 plus/minus hin oder her. Somit stehen wir faktisch mit einem Budget da, welches ein betriebliches Minus von rund 2 Mio. Franken über die gesamte Stadt vorsieht und dabei signifikante Einsparungen im Erhalt von bestehenden Vermögenswerten gemacht werden. Woran liegt das?

Einerseits haben wir bereits zuvor, seit ich mich erinnern kann, im Rahmen dieses Rats ein strukturelles Defizit moniert. Daran ändert ein Grossteil der Einsparungen nichts. Ganz im Gegenteil. Sie schieben es auf, und tendenziell und in Anbetracht der Teuerung wie auch der Verteuerung durch Zustandsverschlechterung wird damit das aktuell strukturelle Defizit gar noch verschlimmert. Da hilft es nichts, dass uns auch langsam, aber sicher die Abschreibungen einholen, welche sich konsequent um rund 0.5 Mio. Franken pro Jahr erhöhen.

Über die letzten Jahre war der Stadtrat gewillt, das Budget möglichst ohne grosse Puffer vorzulegen. Und nun mit einer Rechnung der Neu- respektive Folgebewertungen ist es noch etwas enger geplant. Dies begrüßen wir ausdrücklich, da wir dies in der Vergangenheit teils vergeblich gefordert haben. Es gilt, dies aber auch zu bedenken, wenn wir an den Handlungsspielraum der Stadt und der Exekutive denken und die Reaktionsfähigkeit auf Unvorhergesehenes.

Die GPK F&A stellt fest, dass der Stadtrat auch langfristig nicht am Steuerfuss schrauben möchte – weder hoch noch runter. Dass die Sparbemühungen meist auch schmerzhaft sind, ist jedem und jeder in diesem Saal bewusst. Wenn diese aber nicht nachhaltig sind und einfach der Zukunft angelastet werden, dann ist dies nicht nur nicht nachhaltig, sondern auch nicht vernünftig.

Der Stadtrat wird somit einmal mehr aufgerufen, sich Gedanken zu machen, wie eine strukturelle Entlastung der Budgetergebnisse möglich ist. Dies wird teilweise im Kontext der Motionsumsetzung geschehen, aber eben nur teilweise. Beim nächsten Budget, wenn die nicht betrieblichen Gewinne stark gemindert sein werden, wird ansonsten wieder ein klar schlechteres Resultat vorliegen und es wird zum Erstaunen aller zur Verwunderung kommen.

Ohne uns über die Detailpositionen aufzuhalten, dort gibt es offensichtliche Diskrepanzen – je nach politischen Schwerpunkten – ist es uns als GPK ein Anliegen, hervorzuheben, dass wir über die Departemente verteilt möglichst ausgeglichene Sparbemühungen erleben. Es scheint im Grundsatz auch nachvollziehbar, wo gespart wurde und weshalb. Insgesamt ist die GPK froh, dass sich der Stadtrat des Handlungszwangs bewusst ist und an verschiedenen Ecken und Enden im Finanzprozess schrauben muss. Darauf deuten auch die angestrebten Änderungen im Budgetprozess, die vorliegenden Massnahmen und daraus skizzierten Vorhaben in der Motionsbeantwortung hin.

Somit kommen wir zu den Anträgen respektive der Beschlussfassung. Die durch den Stadtrat vorgelegten Anträge werden von der GPK als Einschränkung der Entscheidungsmöglichkeiten

für den Gemeinderat wie auch für das Stimmvolk gesehen. Die dargelegten Gründe des Stadtrats wurden durchaus positiv gewertet, überwiegen jedoch nicht. Daher stimmen wir heute über die Anträge gemäss lachsfarbenem Papier und somit getrennt über Steuerfuss und Budget ab.

Somit gilt es zu hoffen, dass die Sonne des Budgetergebnisses nicht zu einem bösen Erwachen führt und die Nebelhexe des nicht betrieblichen Gewinns, die wir in Frauenfeld bestens kennen, uns die Zukunft verdunkelt.

Die GPKs haben die Anträge wie folgt beantwortet und bewertet: Antrag 1 zur Besoldung einstimmig angenommen; Antrag 2 zum Steuerfuss einstimmig angenommen; Antrag 3 zum Budget grossmehrheitlich angenommen; Antrag 4 sowie Antrag 5 zu Thurplus und AZP einstimmig angenommen.

An dieser Stelle auch der grosse Dank an das gesamte Team, das wie ich sehe, auch zahlreich erschienen ist, das wesentlich unter der Federführung von Reto Angehrn und in enger Abstimmung mit den Amtsleitungen dieses vorliegende Budget erstellt und mehrfach auch überarbeitet hat. Dieser Aufwand ist bekanntlich gross, aber hilft massgeblich, die Finanzen und Geschäfte der Stadt zu steuern und letztendlich auch zu bewerten. Besten Dank.

Gemeinderätin Annina Villiger Wirth (CH), Referentin im Namen der Fraktion

CH/Grüne/GLP: Zuerst ganz herzlichen Dank für die super Unterlagen an alle, die mitgearbeitet haben. Es muss eine riesige Arbeit sein, alles termingerecht zu liefern. Und dieser Sommer war ein besonderer mit der Zusatzarbeit für das Budget für das Jahr 2024.

Gleich zu Beginn: Unsere Fraktion wird grossmehrheitlich allen Anträgen aus der Botschaft und dem lachsfarbenen Papier zustimmen. Natürlich haben wir die Situation rund um den Steuerfuss vorwärts und rückwärts diskutiert. Wir wollen aber den Volkswillen ernst nehmen und jetzt etwas Ruhe einkehren lassen. Das Volk hat Nein gesagt zu einer 3%-igen Steuerfusserhöhung, wobei wir auch den Volkswillen ernst nehmen, der in den letzten Monaten deutlich Ja gesagt hat zu hohen Investitionen in neue Sportanlagen (Sanierung Rundbahn 2.5 Mio. Franken) und Infrastrukturprojekte (IKT 890'000 Franken jährlich). Daraus lässt sich ableiten, dass Sparen nicht das zentrale Anliegen der Stimmberechtigten ist, sondern vielmehr ein guter Service public Priorität hat. Wenn gleichzeitig Investitionen in die Infrastruktur befürwortet werden und die Finanzierung über höhere Steuern abgelehnt wird, heisst das im Ergebnis, dass die Stimmberechtigten für einen gewissen Zeitraum Defizite der Stadt in Kauf nehmen. Trotzdem sind wir uns in der Fraktion einig, dass eine Steuerfusserhöhung für das Jahr 2026 oder 2027 geprüft werden muss. Wir würden uns wünschen, dass der Stadtrat seine finanzpolitische Verantwortung wahrnimmt und von sich aus eine Steuerfusserhöhung beantragt, wenn diese nötig wird. Denn wir wissen alle, dass der Gewinn der Stadtrechnung wegen der einmaligen Sondereffekte zwar schön aussieht, aber effektiv ein Defizit von rund 2 Mio. Franken beträgt. Dies entspräche einer etwa 3%-igen Steuerfusserhöhung. Wir finden, dass der Sparauftrag im Budget gut auf die Departement verteilt und soweit gut umgesetzt worden ist. In allen Departementen wird der Sparauftrag sichtlich ernst genommen. Ich danke der Verwaltung auch für diese sehr aufwändige Arbeit.

Mancherorts wird es mit dem Sparen übertrieben oder es geht stark zulasten anderer, welche es nötig haben. Ich spreche konkret von der Auslandhilfe. Deshalb stellen wir zusammen mit der SP einen Antrag, die Auslandhilfe wieder auf den dafür vorgesehenen Betrag anzuheben.

Wir sind der Meinung, dass hier erstens unrechtmässig gespart wurde und zweitens die Folgen gravierend sein könnten.

Andernorts sehen wir dann wieder mehr Sparpotenzial, wo es zum Beispiel um Freiheitsgüter wie Datenschutz geht. Wir werden einen Antrag zur Reduktion der Erweiterung der Videoüberwachung einreichen.

Grundsätzlich möchte unsere Fraktion nicht, dass sich die Stadt kaputtspart. Wir sind deshalb erfreut, dass die wiederkehrenden Beiträge an die Kulturveranstalterinnen und -veranstalter in unserer Stadt mit wenigen Ausnahmen keine Kürzung erfahren haben. Eingereichte Anträge, die Beiträge an bestimmte Kulturveranstalter zu kürzen, werden wir geschlossen ablehnen.

Beim Sparen am Unterhalt der Gebäude sind wir skeptisch. Gebäude brauchen Unterhalt, und wenn wir diesen unterlassen, geben wir eine Hypothek an die kommenden Generationen weiter. Weil dies unfair ist, wehren wir uns dagegen. Die Einsparungen beim Unterhalt beobachten wir deshalb mit Skepsis und vertrauen darauf, dass das genannte notwendige Minimum auf die einwandfreie Benutzung und nicht die äussersten Sicherheitsrichtlinien zugeschnitten ist. Wir erleben das ja gerade auch selber. Wir haben Nachholbedarf. Nur im Tiefbauamt fliesst das Geld mit regelmässig 9 Mio. Franken jährlich. Wir wünschen einzig, dass die Mittel für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer, auch jene ohne Motor, angemessen genutzt werden.

Wir leben in einer sehr schönen Stadt mit tipptopper Versorgung rundum. An dieser Stelle auch einen grossen Dank an Thurplus und die Leute dort, die jeden Tag für eine funktionierende Stadt im Einsatz sind. Die Angebote für Jung und Alt in Frauenfeld sind gross. Hier könnten wir alle unzählig viel Wichtiges aufzählen, was die Stadt anbietet, was sie lebenswert macht und was auch eine Stadt ausmacht. Das soll so bleiben, denn es zieht Haushalte und Unternehmen an. Wir profitieren aktuell von steigenden Steuererträgen. Das ist gut so und auch das soll so bleiben.

Punkto AZP werden schwierige Entscheidungen auf uns zukommen. Alle Indikatoren deuten auf steigende Ausgaben, egal, welche Berechnungsmethode angewendet wird. Für unsere Fraktion ist es wichtig, dass die Finanzierung zwar auch durch höhere Tarife geschieht, aber nicht auf dem Buckel derjenigen, die damit in Not geraten. Weil die Preise auch in Zukunft weiter steigen werden, erwarten wir tragfähige Lösungen, damit die weniger wohlhabenden Bewohnerinnen und Bewohner auch in Zukunft die Rechnungen bezahlen können. Es ist uns schon klar, dass es sich dabei um eine Umverteilung handelt und wir alle zum Beispiel für höhere Ergänzungsleistungen aufkommen müssen. Da brauchen wir auch keinen Nachhilfeunterricht. Und ja, wir wollen mehr dafür bezahlen, dass alle ein Plätzchen haben an dem Ort, wo sie daheim sind, weil der soziale Ausgleich zu unseren Grundwerten gehört.

Nochmals ein Dank an den Stadtrat und alle Mitarbeitenden der Stadt für ihren grossen Einsatz für eine lebenswerte Stadt.

Gemeinderat Beda Stähelin (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die

Mitte/EVP: Vor einem Jahr haben wir, also die Fraktion Die Mitte/EVP, die Rückweisung des Budgets 2024 hauptsächlich mit dem ebenso massiven wie scheinbar auch unbegrenzten Ausgabenwachstum in den vergangenen Jahren begründet. Bei Zunahme von 20 bis 25 % bei den Personal- und Sachaufwänden innert gerade mal zwei Jahren war es für uns klar,

dass es so nicht weitergehen kann. Auch drängte sich der Verdacht auf, dass unsere Forderungen nach wirksamen Massnahmen zur Eindämmung der stetig steigenden Ausgaben nicht wirklich ernst genommen worden waren. Jetzt, ein Jahr später, präsentiert sich zumindest dem Anschein nach doch ein etwas anderes Bild. Bei den Personalkosten ist gegenüber der Rechnung 2023 und insbesondere dem Budget 2024 nur noch ein sehr moderates Wachstum zu verzeichnen. Der budgetierte Sachaufwand fällt sogar tiefer aus als in den Vorjahren. Diese nackten Zahlen lassen zumindest hoffen, dass der Turnaround geschafft ist und die Zeiten des ungebremsen Ausgabenwachstums vorbei sind. Insofern gebührt dem Stadtrat und der Verwaltung an dieser Stelle lobend Dank dafür, dass die Hauptforderung aus der letztjährigen Budgetdebatte, die in die Rückweisung mündete, angenommen und bis zu einem gewissen Grad auch umgesetzt worden ist.

Überschwänglich wollen wir da aber nicht sein, denn erstens wird sich erst in den kommenden Jahren zeigen, wie nachhaltig das Ganze ist. Und zweitens fällt bei einem genaueren Hinschauen schon auf, dass der Stadtrat beim Herausstreichen der eigenen Sparbemühungen etwas gar schönfärberisch unterwegs ist. So entfällt rund die Hälfte der auf Seite 11 der Botschaft dargestellten Einsparungen auf die Reduktion interner Verrechnungen einerseits und auf die Deckung der Kosten für energetische Massnahmen bei städtischen Liegenschaften durch Entnahmen aus dem Energiefonds andererseits. Damit wird zwar die Rechnung entlastet, tatsächlich aber kein Rappen weniger ausgegeben. Ähnliches gilt in Bezug auf den Stellenplan, wo einleitend vermerkt wird, dass 0.6 bis 0.8 Vollzeitstellen weniger geplant sind. Diese scheinbare Reduktion ist allerdings lediglich Folge davon, dass 160 Stellenprozent vom Personalamt ins Alterszentrum Park überführt werden. Auch hier handelt es sich im Ergebnis um ein Nullsummenspiel, das aber immerhin organisatorisch Sinn macht.

Befürwortend nehmen wir zur Kenntnis, dass man nicht auf die Idee kam, nach der diesjährigen Volksabstimmung den Steuerfuss erhöhen zu wollen. Solches hätten wir sicher nicht goutiert. Und zwischenzeitlich werden ja für das Jahr 2024 auch höhere Fiskalerträge von rund 2.3 Mio. Franken prognostiziert, was etwas mehr als drei Steuerprozent entspricht. Die zusätzlichen Einnahmen, die durch die letztjährig budgetierte und vom Stimmvolk bachab geschickte Steuererhöhung hätten generiert werden sollen, fliessen also trotzdem. Daraus kann geschlossen werden, dass das Volksmehr mit der Ablehnung der Steuererhöhung durchaus richtig lag.

In diesem Sinn wird die Fraktion Die Mitte/EVP dem vorliegenden Budget der Stadtverwaltung samt unverändertem Steuerfuss wie auch den Budgets AZP und Thurplus einstimmig zustimmen.

Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Wir stellen fest, dass Sparen grundsätzlich möglich ist. Wir stellen aber auch fest, dass Sparen aber auch im Budget 2025 noch nicht auf struktureller Ebene erfolgt. Der Rat hat unsere Motion «Aufgaben- und Leistungsüberprüfung» erheblich erklärt. Wir erwarten, dass die Umsetzung rasch an die Hand genommen wird. Der Souverän hat klar Nein zu einer Steuererhöhung gesagt. Es ist die Verantwortung der Exekutive, jetzt Strukturreformen mit einer Aufgabenverzichtsplannung auszuarbeiten. Es gilt, Rechenschaft abzulegen über das Wie der Umsetzung gesetzlicher Aufgaben. Welche Leistungen erbringt die Stadt ohne gesetzlichen Auftrag, die aber einer Mehrheit der Bevölkerung zugute kommen? Wo hingegen unterstützt die Stadt Partikularinteressen einiger weniger?

Wir, die Fraktion FDP, wollen eine Stadt Frauenfeld, die fit für die Zukunft ist. Wir wollen Handlungsspielraum für die Zukunft schaffen, Verantwortung übernehmen und einen Beitrag leisten, um Rahmenbedingungen zu schaffen, die die strukturellen Probleme langfristig und nachhaltig lösen. Einen schlanken und starken Staat.

Die Fraktion FDP wird nur Anträge unterstützen, die zur Verbesserung der Stadtfinanzen beitragen. Vielleicht hier ein kurzer Hinweis an die Fraktionspräsidentin und Sprecherin der Fraktion CH/Grüne/GLP: Wenn wir vom operativen Ergebnis von -1 Mio. Franken sprechen, dürfen wir nicht vergessen, dass 1.6 Mio. Franken auch Ausgaben für die Stadtkaserne beinhalten. Lassen Sie mich deshalb in der Folge konkrete Überlegungen zum Budget mit Ihnen teilen.

Im Departement 1: Warum und mit welcher Absicht wurde das Stadtlabor gegründet? Welche Aufgaben erfüllt es heute? Dient es der Allgemeinheit oder werden dort punktuelle Tätigkeiten durchgeführt, weil diese kostenlos sind? Wurde daraus ein Selbstläufer?

Weiterer Punkt: Mit grosser Irritation stellen wir fest, dass die Wirtschaft (Gewerbe, Unternehmen und Betriebe), wir sprechen hier notabene von 19'000 Arbeitsplätzen in Frauenfeld, in der Wahrnehmung der Exekutive und der Verwaltung in der Bedeutungslosigkeit versinkt. Zukünftig sprechen wir vom Amt für Kultur und Stadtleben. Kein Wort von Wirtschaft – als würde das Geld plötzlich an den Bäumen wachsen. Dabei braucht es Unternehmen, die Produkte und Dienstleistungen herstellen, die Standorte und Verkehrsanbindungen benötigen, die Investitionen tätigen und Arbeitsplätze sichern und schaffen. Nur durch Umverteilung und sozialen Wohnungsbau schaffen wir keinen Wohlstand. Und Wohlstand wird notabene letztlich nur mit Einkommen erwirtschaftet. Oder lassen Sie es mich ganz einfach sagen: Geld verdient man mit Arbeiten.

Im Departement 2, Thema Stadtkaserne: In der Beantwortung der Einfachen Anfrage Nr. 5 «Stadtkaserne – wo stehen wir?» fehlen wichtige Aussagen finanzieller Natur. Tragbarkeit der Stadtkaserne für die Stadt – unbeantwortet. Ebenso unbeantwortet die Frage nach dem Business-Case. Was ist der Inhalt des Projekts? Zum Nutzen von wem soll dieses Projekt durchgeführt werden? Was passiert, wenn das Projekt nicht zum Fliegen kommt? Welche Risiken gibt es für den Steuerzahler? Wie hoch sind überhaupt die Kosten für dieses Projekt? Wie steht es um die finanziellen Kompetenzen? Wurde die Finanzkompetenz des Stadtrats allenfalls überschritten? Ist die Finanzierung durch den Kanton sichergestellt?

Wir haben heute bewusst auf Kürzungsanträge bei der Kaserne verzichtet. Wir warten die Ergebnisse der laufenden Vertiefungsstudie ab und erwarten, dass die Stadt mit einer Botschaft die Grundlagen und Legitimation für den Einsatz von Steuergeldern – notabene im Budget 1.6 Mio. Franken – in diesem Projekt schafft. Explizit halten wir an dieser Stelle fest, dass wir dem Projekt Stadtkaserne Stand heute unsere Zustimmung nicht aussprechen.

Erlauben Sie mir eine Randbemerkung. Am Podiumsgespräch vor einer Woche wurde davon gesprochen, die Stadtkaserne sei der Stadt geschenkt worden. Ein Lapsus der Sprecherin in der Hitze des Gefechts? Ich habe jedenfalls noch nie gehört, dass man für Geschenke Baurechtszinsen zahlen muss.

Zum Departement 3 Freizeit und Sportanlagen: Insgesamt sind dies ungebundene Kosten. In den Diskussionen im Rat zu beschlossenen Investitionen hat sich deutlich gezeigt, dass wir alle parteiübergreifend einig sind, dass Sport und Freizeit und insbesondere die hier tätigen

Vereine einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Stadt leisten. Aber machen wir uns einmal Gedanken zur Rollenverteilung. Sind wir Eigner, Betreiber oder Investoren im Bereich Freizeit und Sportanlagen? Was genau ist die Aufgabe der Stadt? Ein Badibetrieb? Warum betreiben wir diesen selbst? Könnte ein Drittanbieter dies allenfalls effizienter und kostengünstiger tun? Überlegungen ähnlicher Natur können wir auch im Departement 4 Alter und Gesundheit machen.

Departement 4 Alter und Gesundheit: Der Leistungsauftrag mit der Spitex wird einfach immer wieder verlängert. Warum gibt es keine Ausschreibung? Dass dies im Kanton Thurgau noch nie gemacht wurde, darf spätestens seit dem Fall Aarburg kein Argument mehr sein. Unabhängig davon, ob hier eine Ausschreibungspflicht besteht oder nicht, was interessant zu prüfen wäre, sollten wir hier flexibler werden. Gemäss Medienmitteilung von der letzten Woche bietet die Stadt neuerdings die Dienstleistung Quartier digital, Support vor Ort mit städtischen Fachpersonen an. Warum schafft die Stadt den Enkel ab? Mehr Selbstbeschränkung täte gut. Da, wo Dritte es mindestens so gut oder besser machen können, sollte sich die Stadt nicht involvieren. Digital affine Jugendliche sind fachlich auf der Höhe, und gleichzeitig könnten alle vom generationenübergreifenden Miteinander profitieren.

Im Departement 5: In der letzten Budgetdebatte haben wir von der Departementsvorsteherin gehört, es sind alles gebundene Ausgaben, sparen geht nicht. Dass dies nicht stimmt, zeigt das Beispiel Aarburg erneut. Hier wurden die Sozialhilfekosten halbiert. Es gilt, wie eingangs erwähnt, die Kosten sind gerade auch im Bereich der gebundenen Ausgaben steuer- und beeinflussbar. Die Frage ist, wie der gesetzliche Auftrag verstanden wird und wie die Umsetzung erfolgt.

Frauenfeld will eine Strategie zur sozialen Integration von Familien erarbeiten, die Massnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität enthält und die Grundlagen für eine kinder- und jugendfreie Politik schafft. In Aarburg wurde der Fokus auf das Machen gelegt. Es wurde eine Stelle für Arbeitsintegration geschaffen und Migranten, die ihre Kinder nicht in den Deutschkurs schicken, werden die finanziellen Mittel gekürzt. Alles wurde auf die Maxime ausgerichtet, Sozialhilfe darf kein Dauerzustand sein, sondern höchstens eine kurze, temporäre Hilfe.

Zu den städtischen Betrieben:

Zu Thurplus: Die Frage stellt sich hier, wie standhaft der Business-Case von Thurplus langfristig ist. Warum? Thurplus hat jahrelang die Stadt finanziert. Was passiert, wenn diese Finanzierung wegfällt?

Zum AZP: Es wurde bereits erwähnt. Die demografische und andere Kostentreiber werden das Kostenvolumen in der Gesundheitsbranche in den kommenden Jahren weiter steigen lassen. Beim AZP sprechen wir von einem strukturell defizitären Betrieb. Wir begrüssen es sehr, dass sich die zuständige Stadträtin aktiv und beherzt um das Dossier AZP und um das Thema Alter und Gesundheit insgesamt bemüht und strategisch anpackt. Aufgrund der gesellschaftlich und finanziell grossen Tragweite des Dossiers erwarten wir, zeitnah und transparent informiert und wenn nötig auch involviert zu werden.

Abschliessend fasse ich die Haltung der FDP zum Budget wie folgt zusammen: Unser Ziel ist es, kein Mikromanagement im Parlament zu betreiben, sondern Wettbewerbsfähigkeit in der

Verwaltung zu fördern. Und es ist Aufgabe und Verantwortung der Exekutive, die städtischen Aufgaben in den Ämtern konsequent zu überprüfen. Wir wollen Rahmenbedingungen, um strukturelle Probleme langfristig und nachhaltig zu lösen, damit wir Freiraum für die Gestaltung der Zukunft erhalten.

Gemeinderat Niklaus Briner (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Unsere Fraktion bedankt sich zunächst für die auf allen Stufen der Verwaltung geleistete Arbeit, die natürlich unter dem Spardruck deutlich zäher und zermürender anfällt als in Zeiten finanzieller Entspannung. Unsere Fraktion ist obligatorischerweise für das Eintreten in diese Debatte.

Das Budget präsentiert sich bekannterweise durch die Neubewertungsreserven verfährt. Unsere Erwartungen im Sparzeitalter sind sehr einfach. Notwendiges von Nice-to-have trennen. Will heissen, wir brauchen zunächst eine funktionierende Infrastruktur in unserer Stadt, um den eindeutigen Staatsaufgaben auf kommunaler Ebene Herr zu werden. Wir nehmen aber die Sparbemühungen in diesem Budget oftmals etwas anders gelagert wahr. Unserer Meinung nach sollen die zur Verfügung stehenden Mittel für die sehr ernsthaften und direkt anstehenden Infrastrukturaufgaben wie zum Beispiel Altersheim, Auslagerung Werkhof, Casinoersatz etc. priorisiert werden. So quasi also am Sockel der Maslowschen Pyramide des Steuerfrankens.

Selbst den Topf der höchsten Dringlichkeit können wir nicht über dem höchsten Feuer kochen. Schon hier gilt es einzuteilen. So etwa sinnbildlich gesprochen brauchen wir zunächst eine funktionierende Feuerwehr, um Brände zu löschen, dann überlegen wir, welche Mittel, Geräte, Gebäude usw. für diese Feuerwehr auch noch schön sind. Und wenn wir dann nicht mehr wissen wohin mit der verbleibenden Kraft und alle anderen kommunalen Grundbedürfnisse befriedigt sind, lassen wir noch für teures Geld zwei wohlgelungene Büseli ans Feuerwehrgebäude pimperm. Dies als Überleitung zu einigen detaillierteren Ausführungen.

Die Beiträge an die Organisationen der öffentlichen Hand zugunsten eines Street-Art-Festivals betrachten wir weder als öffentliche Aufgabe noch als Priorität erster Klasse. Es ist festzuhalten, dass parallel dazu Beiträge für Jugendarbeit in Vereinen, Jugendmusikschule und dergleichen in verschiedenen Departementen abgestraft oder gar ganz gestrichen wurden.

Der Sozialraum hat bereits im Vorjahresbudget gegenüber dem Rechnungsjahr 2022 um 100 % zugelegt. Diesen Budgetbetrag erhöht man nun abermals um 15 %. Da haben wir offensichtlich ein strukturelles oder ein Lenkungsproblem.

Schon im zarten Alter von 20 Jahren musste ich beim Wort Kaserne die Zähne zusammenbeissen und gute Miene zu einem unumgänglichen Spiel machen. Nur war da mit dem jeweils in Aussicht stehendem Dienstende Entspannung in Sicht. Wer hätte es gedacht, selbst im hohen Alter holt uns die Zähneknirscherei in einer Kaserne wieder ein. Nur ist diesmal kein Ende absehbar, und wir machen trotzdem gute Miene zum unumgänglichen Spiel.

Trotz unseres Vertrauens in die involvierten Stadtmütter und Stadtväter erfordert eben genau dieses Vertrauen höchstmögliche Transparenz. Mit der Bestimmung der Pioniernutzer ist der Projektausschuss Kaserne aus dem Dienst entlassen worden. Wir erwarten hier ein ähnliches

Gremium. Jede Firma mit derartigen Zahlen hat einen Verwaltungsrat. Dies erachten wir sogar als nötig, auch um den Blankoscheckvorwurf aus den Reihen der Steuerzahler zu entkräften.

Über die Situation im AZP hat uns Stadträtin Regine Siegenthaler anlässlich einer Fraktionssitzung detailliert informiert, und an der letzten Gemeinderatssitzung sind Diskussionen und Beschlussfassungen hierzu erfolgt. Wieder knirschen die Zähne. Selbsterkenntnis ist aber der beste Weg zur Besserung, und wir haben den Eindruck, dass man diesen Weg nun angetreten hat, und wir sehen anlässlich der heutigen Debatte keinen zusätzlichen Diskussionsbedarf.

Im Fall von Thurplus erinnern wir daran, dass nach wie vor finanztechnische Sondererträge aus Aufwertungsreserven im Zusammenhang mit der Installation von HRM2 wirksam werden. Der Abschluss dieser auf zehn Jahre verteilten Sondereffekte rückt immer näher. Auch die stolzen Erträge aus dem Gasverkauf müssen irgendwann mittelfristig anderweitig wettgemacht werden.

Die Fraktion SVP/EDU stimmt den Anträgen 1, 3 und 4 einstimmig zu. Der Antrag 2 ist zu diskutieren.

Gemeinderat Christoph Tobler (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Wir verdanken die geleistete Arbeit aller involvierten Ämter und Mitarbeitenden der Stadt am Budget 2025. Das Budget ist aus unserer Sicht in einem vernünftigen Rahmen angelegt worden. Zurückhaltend und kostenbewusst. Mit einigen Kürzungen im sozialen Bereich sind wir trotzdem nicht einverstanden und werden die entsprechenden Anträge, dies zu korrigieren, unterstützen.

Zur Einordnung des Budgets: Das Budget sieht einen Rechnungsgewinn vor, hauptsächlich wegen des Einmaleffekts der Neubewertung der Liegenschaften und wegen Kürzungen im Sachaufwand. Der Stadtrat hat das Signal der Mehrheit des Gemeinderats aufgenommen und zurückhaltend budgetiert. Wir verstehen das. Aber es gilt, darauf zu achten, dass insbesondere reduzierte Ausgaben im Sachaufwand nicht nachhaltig sind. Dies in zweierlei Hinsicht. Es soll nicht einfach heute gekürzt werden, damit wir dann alles in zwei bis drei Jahren machen müssen. Und es soll nicht so gekürzt werden, dass wir im Endeffekt mehr Kosten haben.

Die Steuern bleiben unangetastet. Das ist für uns nachvollziehbar aufgrund der eben erst im Sommer 2024 erfolgten Ablehnung des Stimmvolks zur Steuererhöhung. Aber wir alle müssen uns bewusst sein, dass dies nicht nachhaltig ist. Ihr kennt die Zahlen alle. Wir haben ein strukturelles Defizit, wir haben grosse Investitionen, die anstehen, und wir können die Stadt nicht kaputtsparen. Das heisst, wir müssen die Einnahmenseite angehen. Die Mehrheit der Parteien hat dies ebenfalls verstanden. Die Einnahmenseite angehen bedeutet, mittelfristig – nicht jetzt, nicht heute – die Steuern auf ein nachhaltiges Niveau anzuheben. Hier sehen wir die Stadt in der Verantwortung. Dieser Aufruf soll und darf nicht einfach nur von linker Seite kommen, denn Steuern sind nicht einfach ein linkes Anliegen. Der bürgerlich dominierte Stadtrat – zwei FDPler, einmal Mitte – war und ist weiterhin der Ansicht, dass das Steuerniveau angepasst werden muss und soll. Es sind aber auch die Aufgaben genau dieses Stadtrats, dies den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern überzeugend und verständlich darzulegen und aufzuzeigen. Dazu gehört eben ein sparsamer und verantwortungsvoller Umgang mit den budgetierten Geldern, aber auch eine klare Vision und Kommunikation,

was mit dem Geld angefangen wird. Was wird mit den Mehreinnahmen konkret geleistet? Welche Investitionen werden getätigt?

Mit den Investitionen bzw. der Investitionsplanung komme ich zu einem wichtigen Thema. Der Stadtrat deckelt die Investitionen derzeit bei 12 Mio. Franken. Grundlage ist die aufgrund der letztjährigen Budgetdebatte mehr oder weniger spontan erstellte Finanzstrategie. Wohin führt uns diese? Von den 12 Mio. Franken geben wir 9 Mio. Franken für Tiefbau und Strassen aus – drei Viertel der Investitionen. Das ist aus unserer Sicht wortwörtlich eine Baustelle. Eine, die zurückhaltender angegangen werden müsste. Die Diskussion, ob wir unsere Strassen unnötig vergolden, darf man sicher führen. Mir wurde zwar versichert, dass dies nicht der Fall sei und die Investitionsausgaben für den Strassen- und Tiefbau auf mit anderen Städten vergleichbarem Niveau seien. Das ist zwar gut und recht, Sicherheit im Verkehr für alle Verkehrsteilnehmenden ist auch uns wichtig. Aber was bedeutet das und was hat das zur Folge? Ist es üblich, dass man lediglich 3 Mio. Franken an Investitionssumme für andere Projekte zur Verfügung hat? Nein, ist es sicher nicht. Und im Fall Frauenfelds auch nicht sinnvoll. Ich komme gleich darauf. Ich führe diese Punkte aus, um aufzuzeigen, dass die Deckelung der Investitionen bei 12 Mio. Franken keine kluge und vor allem auch keine nachhaltige Idee ist.

Gemäss Planung des Stadtrats stehen allein für Grossprojekte in den nächsten zehn Jahren Investitionen von 200 bis 300 Mio. Franken an. Das ist eine enorme Summe. Dies ist besonders eklatant, wenn man berücksichtigt, dass wir eben erst im November über die Verwendung der Neubewertungsreserven und den damit verbundenen Projekten abgestimmt haben. Das sind also nicht einfach irgendwelche Fantasien. Es ist für uns nachvollziehbar und sinnvoll, dass eine Strategie existiert, um die Stadtfinanzen langfristig gesund zu halten, damit wir eben auch langfristig handlungsfähig bleiben. Aber es gilt auch, die Realitäten der Stadt zu berücksichtigen. Die Finanzstrategie entstand aus unserer Sicht hauptsächlich als politischer Winkelzug aufgrund der Budgetdebatte 2024 und um die eigene Fraktion zu besänftigen, die nämlich nicht ganz besänftigt scheint. Es gilt hier, von Seiten des Stadtrats transparent, verständlich und überzeugend die finanzpolitische Realität der Stadt aufzuzeigen.

Also was tun? Aus unserer Sicht ist eine Steuerfusserhöhung neben der Tatsache, dass sie uns als Legislative und als Exekutive Handlungsspielraum erlaubt, eine vernünftige und gesunde Umverteilung des Wohlstands. Höhere Steuern bedeuten mehr Stadtentwicklung, mehr Unterstützung für ärmere Familien, mehr Jugendförderung – dies alles für ein paar Franken weniger im individuellen Portmonee. Das ist es definitiv wert. Das Stimmvolk hat das mit den letzten Abstimmungen – schon etwas länger her zur Badi oder aktueller zur Leichtathletikanlagen oder auch zu IKT – ebenfalls zum Ausdruck gebracht. Die Ausgaben sollten auch mit einer Steuererhöhung auf dem aktuellen Niveau bleiben. Hier kann ich die FDP nachvollziehen. Mit nötigen Anpassungen, aber eben ohne Luxus und Verschwendung. Dies nicht, weil wir der Ansicht sind, dass die Stadt grundsätzlich schlechte Arbeit macht mit dem Geld, bzw. wir der Illusion erliegen, dass ein kleinerer Staat nötig wäre. Vielmehr wollen wir mit einer vernünftigen und verantwortungsvollen Planung mittel- und langfristig Handlungsspielraum schaffen. Dieser Handlungsspielraum ist entscheidend, um wichtige Dienstleistungen sicherzustellen – im sozialen Bereich, kulturellen Bereich –, aber auch um gezielt in die Zukunft investieren zu können. Nur so können wir Frauenfeld voranbringen. So machen wir Frauenfeld attraktiver und lebenswerter. Und eben für alle.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Gern nehme ich einerseits zu einigen Aussagen Stellung, führe andererseits seitens Stadtrat aber auch in die grundsätzlichen Themen ein. Ich beginne mit der Finanzstrategie.

Es gibt gewisse Worte und Meinungen, die sich in die Köpfe so einprägen, dass Sachen, die gesagt wurden, als Realität angeschaut werden, die es aber nicht sind. Ein solches Wort war zum Beispiel Notbudget. Einfach an die Adresse derjenigen, die das immer wieder gebracht haben, so etwas gibt es nicht. Es gibt ein Budget oder kein Budget, und dann hat man dementsprechend zu handeln. Der Stadtrat hat das im ersten Halbjahr intensiv geübt, und es ist ihm mehr oder weniger auch gelungen.

Ein zweites solches Thema ist, wir hätten eine Finanzstrategie aus dem Hut gezaubert, um auf eine Budgetdebatte zu reagieren. Lieber Christoph, das ist total falsch. Man kann auch meine Voten aus dem Ratsprotokoll des letzten Jahres nehmen, es dürften etwa vier Seiten sein, und dort die Geschichte der Finanzstrategie nachlesen. Die Geschichte der Finanzstrategie beginnt nicht am 5. Dezember 2023, sondern die begann im Oktober 2023, nachdem der Stadtrat gesehen hat, wohin wir mit diesem Budget kommen. Und er hat sich über zwei Monate hinweg intensiv Gedanken dazu gemacht, wie wir damit umgehen können. Er hat eine Finanzstrategie für die Jahre 2024 bis 2027 erarbeitet. Also nicht für die nächsten Jahrzehnte, sondern für vier Jahre. Interessanterweise wurde im gleichen Zeitraum auch vom Kanton eine Finanzstrategie erarbeitet, und interessanterweise waren es ähnliche Hebel, die der Regierungsrat angesetzt hat, nur dass er dafür 16 Seiten gebraucht hat und wir zwei Seiten. Aber im Endeffekt war es etwa dasselbe.

Unsere Finanzstrategie haben wir bei der Budgetierung dieses Jahres auch konsequent weiterverfolgt – unter Berücksichtigung der Ablehnung der Steuerfussanpassung in diesem Sommer. Ausserdem haben wir die Stabilisierung der Ausgaben, Personalausgaben wie auch Sachaufwand, weitergetrieben. Die Stabilisierung der Investitionen, die du, lieber Christoph, auch angesprochen hast, haben wir natürlich auch weiterverfolgt, auch diese wie gesagt für die nächsten vier Jahre bis 2027. Und wir haben auch da weiter so gearbeitet wie in den vergangenen Jahren. Nämlich schon vor dieser Finanzstrategie gab es ja strategische Vorgaben des Stadtrats. Diese stehen jeweils auch in der Botschaft. Seit Jahren steht dort auch, dass wir ein Defizit bis 2 Mio. Franken dulden, ohne den Steuerfuss deshalb anpacken zu wollen. Dieses Defizit von 2 Mio. Franken würden wir, wenn man die Aufwertungen wegrechnet, im nächsten Jahr ebenfalls so erreichen. Deshalb können wir für 2025 auch guten Gewissens auf eine Steuererhöhung verzichten.

In der Finanzstrategie steht aber nach wie vor auch, dass man sich seitens Einnahmen Massnahmen überlegen muss. Das wird notwendig sein, es wurde mehrfach angesprochen. Die Liquidität haben wir nicht in genügendem Mass für die Investitionen, die auf uns zukommen. Diese Investitionen haben wir auch auf Ihren Wunsch, aber nicht nur, sondern auch aus der betriebswirtschaftlichen Notwendigkeit heraus priorisiert und diesen November entsprechend zur Abstimmung gebracht. Das Stimmvolk hat zu allen priorisierten Projekten insofern Ja gesagt, als es gesagt hat, dafür kann man auch mal ein Kässeli öffnen im Sinn einer Vorfinanzierung. Das Stimmvolk hat aber noch nicht Ja gesagt zu den einzelnen Projekten, mit diesen werden wir wieder kommen müssen, sobald wir so weit sind.

Einige Votantinnen und Votanten haben darauf hingewiesen, dass mit diesem Budget natürlich noch nicht nachhaltig – ich nehme an, damit meinen Sie über die nächsten drei oder vier Jahre hinaus, also nicht mittelfristig, sondern langfristig – die Stadtfinanzen

gesundet sein werden. Das ist richtig. Entsprechend haben wir die Motion betreffend «Bericht zur Überprüfung der Aufgaben und Leistungen der Stadtverwaltung Frauenfeld» sehr positiv beantwortet. Wir haben Ihnen auch aufgezeigt, dass wir daran arbeiten werden, dass wir uns sogar entsprechend aufstellen müssen. Nicht nur im Stadtrat entsprechend fokussieren müssen, sondern auch in der Verwaltung im Finanzamt entsprechende Ressourcen schaffen müssen. Das ist auch mit ein Bestandteil des Budgets.

Diese grundsätzlichen Überlegungen, die Sie von uns erwarten, erwarten wir auch von uns, und zwar nicht erst seit gestern, sondern seit geraumer Zeit. Wir hatten schon einmal eine Motion, die noch nicht gutgeheissen wurde, das war ungefähr 2018. Dieses Jahr wurde sie gutgeheissen. Wir wollen wirklich die Aufgaben und die Leistungen überprüfen. Wenn man aus dieser Überprüfung bereits Massnahmen innerhalb der nächsten Monate erwartet, dann ist das ein bisschen viel erwartet auf einmal. Wir sind dran, der Bericht muss aber zuerst erstellt werden, denn das ist ja das Motionsanliegen. Entsprechend werden wir Analysen machen und darauf aufbauend bereits erste Erkenntnisse mit in den Budgetierungsprozess 2026 hineinnehmen und dann natürlich fortlaufend immer konkreter.

Bezüglich des Antrags der GPK sind wir natürlich seitens Stadtrat ein bisschen enttäuscht, dass Sie diese für den Thurgau mehrheitlich übliche, aber nicht überall so stattfindende Koppelung von Budget und Steuerfuss wieder auseinandergenommen haben und dass wir darüber getrennt abstimmen. Das ist im Parlament wohl möglich, darüber kann man diskutieren und Ihnen auch aufzeigen, was das heisst, wenn wir den Steuerfuss ablehnen. Aber wir haben ja immer auch die Möglichkeit, ein Referendum zu ergreifen und eine Volksabstimmung zu machen. Dann wäre es unserer Ansicht nach besser, man hätte die Abstimmung gemeinsam. Es wird uns vor allem dann, das habe ich im Protokoll der GPK deutlich festgehalten, beschäftigen, wenn einmal die Haushaltsgleichgewichtregelung einsetzen würde. Ich hoffe natürlich nicht, dass das niemals der Fall sein wird für die Stadt Frauenfeld. Aber wenn es so sein würde, dann wäre dieses getrennte Abstimmen so nicht mehr möglich – aus unserer Sicht auf jeden Fall nicht. Zudem erweckt es den Anschein, als wolle man einfach die Leistung, aber man wolle nicht dafür bezahlen, wobei ich weiss, dass das in Ihrem Fall natürlich nicht stimmt.

Noch zu einzelnen Themen, die angesprochen wurden. Es wurde auch die Umbenennung des Amts für Kommunikation und Wirtschaftsförderung sowie des Amts für Kultur in Amt für Kultur und Stadtleben angesprochen. Wenn man das als eine Negierung der Wirtschaft verstanden haben möchte, dann muss ich sagen, bis vor einigen Jahren hiess das Amt für Kommunikation und Wirtschaftsförderung Amt für Standortförderung und Stadtentwicklung. Darin kam das Wort Wirtschaft nicht vor. Zum anderen möchte ich auch sagen, wenn Wirtschaft nicht mit Stadtleben etwas zu tun haben sollte, dann finde ich das bedauerlich. Arbeiten und Wirtschaften hat für mich ganz zentral mit Stadtleben zu tun. Sehr zentral sogar. Es wurde aus meiner Sicht falsch verstanden, das tut mir natürlich leid. Aber Sie wissen auch, wir haben soeben erst eine Wirtschaftskommission gegründet, also wir sind da mit den Tatbeweis durchaus vorausgegangen.

Die vielen Anregungen, die Gemeinderat Stefan Vontobel uns aus der Fraktion FDP mitgegeben hat, werden wir gern aus dem Protokoll heraus mitnehmen, wenn wir dann in die Motionsbeantwortung gehen. Es würde zu weit führen, wenn jeder Stadtrat und jede Stadträtin jetzt auf die einzelnen Themen eingehen würde.

Zum Schluss noch etwas, um aufzuzeigen, worüber wir heute überhaupt alles sprechen. Ich habe hier ein bisschen Geld dabei, es sind, um genau zu sein, 953.25 Franken. Das ist genau ein Hunderttausendstel des Betriebsaufwands, den die Stadt Frauenfeld hat, also von den 95'325.000 Franken habe ich hier vor mir einen Hunderttausendstel liegen. Und wenn wir wissen, dass wir im Stadtrat jetzt die eine oder andere Bemühung gemacht haben, um nach Möglichkeit 2.5 Mio. Franken hinauszustreichen, dann sind das bei diesem 953.25 Franken gerade mal 25 Franken. Aber immerhin, es sind 25 Franken, und das ist durchaus zu honorieren. Vor allem dann, wenn man weiss, dass von diesen 953.25 Franken 77 Franken ungebunden sind. Dann sind 25 Franken, was wir im Lauf der Prozesse gespart haben, auch wenn das immer etwas unterschiedlich gewichtet wird, wie Gemeinderat Beda Stähelin aufgezeigt hat, immerhin ein beträchtlicher Betrag, den wir geleistet haben. Vielleicht überlegen wir uns dann im Verhältnis zu diesem Betrag, den ich da vor mir liegen habe, was später im Rat die Aufstockungen und Einsparungen sind. Ich werde es Ihnen dann in den mich betreffenden Bereichen gern aufzeigen.

Register 1 Botschaft

Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP): Über den Änderungsantrag der GPK Finanzen und Administration, der Antrag 2 sei umzuformulieren, ein neuer Antrag 3 sei zu formulieren, die weiteren Anträge seien neu zu nummerieren, werden wir bei der Abstimmung zu den städtischen Anträgen abstimmen.

Institutionelle Gliederung der Erfolgsrechnung mit Erläuterungen

Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP): Hier gehen wir Departement für Departement durch inkl. Investitionen in Register 3. Grundlage für die Diskussion sind die Budgetvorlage des Stadtrats sowie die Änderungsanträge der GPKs, welche als lachsfarbenes Papier vorliegen.

Departement 1 für Finanzen und Zentrales

Gemeinderat Felix Kübler (SVP), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Die GPK Finanzen und Administration hat die Botschaft für das Budget 2025 betreffend das Departement 1 für Finanzen und Zentrales am 6. November 2024 ausführlich beraten. Es wurde dem Stadtrat und allen daran Beteiligten das Erstellen des vorliegenden Budgets verdankt.

Leider ist das Resultat nur auf den ersten Blick positiv, operativ bleibt ein Minus. Während die Aufwandseite kritisch unter die Lupe genommen wurde, sind einige Kommissionsmitglieder der Meinung, dass in Zukunft auch über den Steuerfuss diskutiert werden soll. Frei nach dem Motto: Das eine tun, das andere nicht lassen.

Ein Schwerpunkt in der Beratung lag auf den Ausgaben für die Kultur. Neben diversen Verständnisfragen gaben folgende Themen Anlass zur Debatte:

S. 101

3636.0114

Ein GPK-Mitglied interessierte sich für den Zusammenhang zwischen den Kantonsbeiträgen und dem Beitrag der Stadt. Aus den Erläuterungen des Stadtpräsidenten geht hervor, dass

der Kanton seine Erhöhung an die Beitragserhöhung der Stadt knüpft. Mehrere Mitglieder der GPK äusserten sich kritisch über die Erhöhung des Beitrags ans KAFF um 15'000 Franken auf gesamthaft 50'000 Franken. Durch die Einstellung der Kulturseite in der Frauenfelder Woche können 28'000 Franken gespart werden, und in der Summe werden 16'000 Franken beim Konto 1310 weniger ausgegeben.

Für ein Mitglied der GPK war es befremdlich, dass der Beitrag bei zwei Institutionen erhöht wird, während bei anderen Vereinen die Förderung reduziert wird.

S. 273

Hier kam der Hinweis eines GPK-Mitglieds, dass ab 2026 gemäss Finanzplan mit einer Nettoschuld zu rechnen ist.

Der GPK-Präsident schlägt vor, den Antrag in der Botschaft zu ändern und separat über den Steuerfuss und über das Budget abzustimmen. Weiter wird die Kenntnisnahme des Finanzplans in den Antrag aufgenommen. Die GPK stimmte dem Änderungsantrag bei einer Enthaltung zu. Die GPK stimmte den neuen Anträgen einstimmig zu.

S. 96

1247.3111.20

Erweiterung der Videoüberwachungsanlagen im Stadtgebiet

Gemeinderat Tobias Lenggenhager (CH), Referent im Namen der Fraktion

CH/Grüne/GLP sowie der Fraktion SP: Zuerst herzlichen Dank allen Mitarbeitenden, die so viel für dieses Budget und diese übersichtliche Darstellung geleistet haben. Nun zum Inhalt:

Die Zunahme von Überwachungsanlagen im öffentlichen Raum birgt erhebliche Risiken. Sie stellen einen schweren Eingriff in die Privatsphäre aller Bürgerinnen und Bürger dar, während ihr tatsächlicher Nutzen zur Kriminalitätsprävention hochumstritten ist. Häufig werden Straftaten lediglich verlagert. Zudem bestehen vermehrt Datenschutzbedenken, da unklar bleibt, wer effektiv Zugriff auf die gespeicherten Daten hat und wie diese genutzt werden. Solche Massnahmen können das Gefühl von ständiger Beobachtung fördern und so die Freiheit im öffentlichen Raum einschränken. Daher ist die Verhältnismässigkeit beim Einsatz solcher Massnahmen entscheidend.

Die geplante Erweiterung der Videoüberwachungsanlagen im erwähnten Konto betrifft das Gebiet des Bahnhofsplatzes. Zur Erhöhung der Sicherheit tragen diese Kameras kaum etwas bei. Die Ausweitung ist mehr ein Nice-to-have und daher ein unverhältnismässiger Eingriff. Zur Erhöhung der Sicherheit im Bahnhofsgebiet gäbe es andere Massnahmen. Dies konnten wir auch aus der Thurgauer Zeitung vom 8. November entnehmen, in der angekündigt wurde, dass die Kantonspolizei ihre Patrouillen dort erhöht. Hier wird eine kostspielige Massnahme ergriffen, obwohl die Statistik des BSF eine deutlich positive Kriminalitätsentwicklung in der Stadt belegt. Dies konnten wir der Einfachen Anfrage Brunschweiler/Bernold zur Sicherheit und Kriminalität in Frauenfeld entnehmen. Da die Erstellung einer öffentlichen Videoüberwachungsanlage einen Eingriff in die Privatsphäre und Persönlichkeitsrechte von Bürgerinnen und Bürgern darstellt, muss deren Einsatz die Voraussetzungen erfüllen, dass vorher andere, geeignetere Massnahmen geprüft werden wie eben zum Beispiel die Patrouille. Dies, so Alt-Ammann Werner Dickenmann bei der

Erarbeitung des Videoreglements der Stadt. Diese Prüfung kann aber zum gegebenen Zeitpunkt gar noch nicht nachgewiesen werden, da die Patrouillen der Kantonspolizei erst angekündigt sind. Hier werden etwas voreilig einschneidende Massnahmen ergriffen, die nur mit grosser Vorsicht eingesetzt werden sollten. Auch die Datenschutzaufsicht, welche der GPK F&A obliegt, wurde hier nicht beigezogen. Zu diesem Thema Überwachungsanlagen habe ich auch an dieser Sitzung noch eine Einfache Anfrage eingereicht.

Die Mehrheit unserer und der SP-Fraktion erachtet diese budgetierte Position aus oben genannten Gründen weder als legitim noch als Aufgabe der Stadt Frauenfeld. Daher stelle ich den Antrag, das Konto 1274.3111.20 Erweiterung Videoüberwachungsanlagen im Stadtgebiet wird um 25'000 Franken gekürzt. Ich freue mich über Ihre Zustimmung zu unserem Antrag.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Wir sprechen in diesem Zusammenhang von 25 Rappen, wenn es in meinem Portemonnaie wäre. Die Erweiterung der Videoüberwachung auf dem Bahnhofplatz ist eine notwendige Massnahme zur Steigerung der öffentlichen Sicherheit. Der Bahnhofplatz inklusive die Stadtbushaltestelle gehört der Stadt, und nur der Bahnhof selbst ist in der Verantwortung der SBB. Aktuell haben wir keine Einsicht in die Haltestelle des Stadtbusses, und der ganze Bereich ab der Gleisführung der Frauenfeld-Wil-Bahn in der Blickrichtung Passage ist nicht überwacht, obwohl sich Auseinandersetzungen oft gerade auf diese Zonen ausweiten. Der Ausbau der Videoüberwachung in diesen Bereichen ist daher unerlässlich, um Sicherheitslücken zu schliessen.

Wir beachten sehr wohl das Prinzip der Verhältnismässigkeit und wir achten auch den Datenschutz. Die Videoüberwachung erfolgt streng nach den gesetzlichen Bestimmungen und dem städtischen Videoreglement. Die Massnahme wird nicht als pauschale Überwachung des öffentlichen Raums eingesetzt. Es ist also nicht so, dass irgendwo in einem Büro jemand sitzt und ständig auf diese Bildschirme schaut. Aber das wissen Sie natürlich. Sondern es sind Aufnahmen, die vor allem zur Aufklärung von Straftaten eingesetzt werden. Nachdem man aber auch weiss, dass Aufklärungen mit solchen Kameras möglich sind, führen sie auch zur Verminderung von Straftaten.

Alle Videoaufnahmen unterliegen strengen Datenschutzvorgaben und sind nur für diesen vorgesehenen Zweck der Strafverfolgung zugänglich. Der Schutz der Privatsphäre und die Einhaltung der Verhältnismässigkeit sind jederzeit gewährleistet.

Wir brauchen diese Kameras aber auch, um das Sicherheitsgefühl, das durchaus nicht nur gut ist, zu erhöhen. Eine gut ausgestattete Videoüberwachung stärkt das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Insbesondere in stark frequentierten Bereichen wie dem Bahnhofplatz ist dies auch nötig. Das ist ein wesentlicher Bestandteil im Rahmen der öffentlichen Ordnung und trägt zur positiven Wahrnehmung der Stadt bei.

Wie es bereits in der Beantwortung der Einfachen Anfrage «Sicherheit und Kriminalität in Frauenfeld» vom 17. September 2024 erläutert wurde, brauchen wir eine weitere Verstärkung in diesen Bereichen. Da gehört die Erhöhung der Präsenz der Kantonspolizei sicherlich auch dazu, aber 24 Stunden können sie nicht dort sein. Es geht darum, dass Patrouillen häufiger vorbeifahren, aber diese Zeiten werden wir wohl kaum auf grosse Zeiträume ausdehnen können. Ausserhalb dieser Zeiten sind solche Überwachungen durchaus wichtig und richtig.

Ich erlaube mir dazu auch noch ein persönliches Statement. Wie Sie sich vielleicht noch erinnern, wurden unser Sohn und sein Kollege im Januar 2023 in St. Gallen überfallen, abgeschlagen und beraubt. Und das an einem Ort, wo die betreffenden sechs jugendlichen Straftäter, die man nicht finden konnte, genau wussten, dass sie nicht in einem Bereich sind, wo man sie wird identifizieren können. Das ist natürlich etwas, was wir damit nicht ausschliessen, da haben Sie völlig recht. Aber wir wissen, dass der Bahnhofplatz sehr frequentiert ist, und wir wissen, dass dort viel geschieht. Sie haben es der Beantwortung der Einfachen Anfrage entnehmen können, viele ... Ich muss immer aufpassen, dass ich nicht Worte gebrauche, die mir nachher im Mund umgedreht werden könnten. Aber viele Jugendliche, junge Erwachsene, die offenbar in ihrer Freizeit nichts Gescheiteres zu tun haben, als miteinander auf andere zu warten, die ebenso wenig etwas anderes zu tun haben und dann entsprechend aufeinander losgehen, das ginge ja noch. Aber sobald sie dann auch andere in Mitleidenschaft ziehen, und das ist in der Vergangenheit leider immer wieder geschehen, dann brauchen wir diese Überwachung. Wir brauchen diese Videoaufnahmen, um die Straftaten im Nachhinein aufklären zu können. Ich bitte Sie, diesem Streichungsantrag nicht stattzugeben, sondern die 25 Rappen in meinem Portemonnaie zu lassen.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion CH/Grüne/GLP sowie der Fraktion SP wird mit 15 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Gemeinderat Roland Wyss (EVP), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP: Wie bereits angekündigt, werde ich zwei Anträge auf Budgetkorrekturen stellen. Ich spreche bewusst nicht von einer Kürzung, aber es soll auch keine Erhöhung gegenüber dem Budget 2024 geben. Sparen ist nie schön, aber wie können wir an vielen Orten Abstriche machen und Leistungen kürzen und dann bei anderen Erhöhungen zulassen?

Bei den Budgetpositionen Jugendkulturzentrum KAFF und Theaterwerkstatt Gleis 5 wird in der Botschaft auf ein ausgebauten Angebot und eine vom Kanton geforderte Erhöhung hingewiesen. Auf Nachfrage, wir haben es gehört, wurde gesagt, dass die zwei Institutionen beim Kanton eine Erhöhung beantragt haben und diese nun an Forderungen des Kantons gegenüber der Stadt gebunden seien. Eigene Abklärungen konnten dies allerdings nicht bestätigen. Einerseits ist es für mich neu, dass die Gemeinden immer das machen, wozu sie der Kanton bittet, andererseits können die Beiträge überhaupt nicht miteinander verglichen werden. Während der Kanton in der komfortablen Situation ist und die Gelder aus dem prallgefüllten Lotteriefondstopf ausbezahlen kann, handelt es sich bei der Stadt um Steuergelder. Und noch etwas: Ist es üblich, dass zuerst ein Angebot erweitert und erst dann die Finanzierung geregelt wird?

S. 101

Konto 36360114 Beitrag an Jugendkulturzentrum KAFF

Das KAFF erhält vom Kanton eine jährliche Vergütung aus dem Lotteriefonds. Wie hoch dieser Betrag 2025 ausfallen wird, ist gemäss meinen Informationen noch nicht bestimmt. Im Jahr 2024 waren es 80'000 Franken. Mit dem zusätzlichen Beitrag der Stadt von 35'000 Franken ergab dies im Jahr 2024 Beiträge in der Höhe von 115'000 Franken. Und das soll

auch so bleiben. Ich bin fest davon überzeugt, dass es viele Vereine gibt, die auch Gutes für die Gesellschaft tun und froh um eine solch grosszügige Unterstützung wären.

Im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP beantrage ich, die Erhöhung rückgängig zu machen und den Betrag im Konto 3636.014 auf 35'000 Franken zu belassen.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Unsere Fraktion ist dagegen, diese Beiträge zu streichen. Vereine und Kultur schaffen Leben und Identität, und vor allem ist dieses Schaffen meist Freiwilligenarbeit. Das Streichen von solchen Kleinstbeiträgen verhindert die Weiterentwicklung dieser etablierten Institutionen, und diese kommen uns allen zugute. Denn wie gesagt füllen diese Institutionen Frauenfeld mit Leben und Identität und strahlen über die Gemeindegrenzen hinaus.

Das Amt für Kultur – noch heisst es so – hat seinen Auftrag ernst genommen und überprüft und reagiert. Kürzungen wurden wo möglich ausgelotet und auch umgesetzt. Es braucht an gewissen Stellen aber auch Erhöhungen. Der Stadtrat hat uns die entsprechenden Zahlen wohlüberlegt vorgelegt. Die Kulturförderung ist gemäss Kulturreglement eine «öffentliche Kernaufgabe». Jede Streichung von Beiträgen verteuert die Angebote. «Ziel der Kulturförderung ist es, möglichst viele Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt am kulturellen Leben teilhaben zu lassen.» Sind wir ehrlich, die verhandelten Beiträge für die Vereine liegen deutlich unter einem halben Promille des Umsatzes. Ich habe nicht mein Kässeli geplündert und zeige es Ihnen hier auf, aber dass diese Beiträge den Braten weder feiss noch dürr machen, ist klar. Die Angebote werden genutzt und geschätzt, leisten wir uns diese.

Gemeinderat Luc Pizzini (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: In meinem Votum geht es nun hauptsächlich ums KAFF. Das Problem beim KAFF ist nicht, dass dieses Jahr der Beitrag erhöht wurde, sondern dass er jahrelang zu tief war. 2010 wurden 35'000 Franken gesprochen, dies für 40 Veranstaltungen pro Jahr. Diese Zahl ist seit längerer Zeit überschritten, das KAFF bietet mindestens 80 Veranstaltungen pro Jahr, dies schon an der Grabenstrasse und nun auch am neuen Ort auf dem Unteren Mätteli. Nebst den hinzugekommenen Veranstaltungen wurde auch nie eine Teuerung begutachtet, Technikergagen, dies kostet alles mehr Geld als noch vor 15 Jahren.

Bezüglich Beitrag des Kantons gibt es kein offizielles Schreiben, aber der Kanton hat klargemacht, dass man von der Stadt eine grössere Unterstützung erwartet, die verhältnismässig gegenüber dem Kanton ist. Für das KAFF möchte ich im Namen der Fraktion plädieren, dass es Veranstaltungen für ein breites Publikum bietet. Wir hatten dieses Jahr das «Frauenfeld rockt», den Kantiball, der Jugendrat durfte gastieren, wir werden Austragungsort für Urban-Golf sein, für das Street-Art-Festival werden wir eine Anlaufstelle sein, und es wurden auch schon Lesungen abgehalten. Ich konnte schon aus sämtlichen Parteien Personen im KAFF sehen, auch Stadt- und Gemeinderäte. Das KAFF funktioniert mit vielen freiwilligen Helfern, die gratis arbeiten. Und die Leute, die bezahlt werden, leisten viele unbezahlte Überstunden. Aus unserer Sicht erfüllt das KAFF die Stadt mit Leben, und der Stadtrat hat dies mit der Erhöhung der Beiträge so unterstützt und bejaht.

Auch wenn das häufig nicht gut ankommt, möchte ich noch kurz sagen, im Vergleich zu anderen Städten sind wir wirklich nicht sehr grosszügig mit Beiträgen, was die Kultur anbelangt. Die Stadt Wil hat 4.2 Mio. Franken für das Kulturhaus Gare de Lion gesprochen, um dies umzubauen, Aargau unterstützt das KIFF in Aarau mit 10 Mio. Franken aus dem

Lotteriefonds, und das Kult-X in Kreuzlingen wird mit 133'000 Franken unterstützt, dies lediglich für Betriebskosten. 15'000 Franken sind nicht viel Geld für die Stadt, machen aber für das KAFF extrem viel aus. Dieses Geld hilft dem Verein, die Stadt lebhaft zu machen, und die Kürzung könnte dies stark einschränken. Ich bitte Sie, den Antrag nicht zu unterstützen und die Kultur in Frauenfeld zu fördern.

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im eigenen Namen: Ich möchte zum Antrag Stellung nehmen, weil er mir doch sehr gegen den Strich geht. Es ist absolut wünschenswert, und das ist der Knackpunkt hier, dass etablierte und erwiesenermassen gut funktionierende Angebote der Kultur, der Jugendarbeit und des Stadtlebens, um diesen Begriff auch noch einmal zu nutzen, eben einen Tatbeweis erbracht haben, dass, was sie tun, Mehrwert erbringt und sie nicht vorher einfach die Hand aufhalten und sagen, sie hätten gern ein bisschen mehr Geld. Sondern sie zeigen, was sie tun, danach erst fragen sie. Und nicht im Sinn eines Zwangs, sondern im Sinn einer Unterstützungsanfrage.

Dann ist es so, dass die Exekutive explizit gemeinsam mit den Kulturanbietern priorisiert wie auch selektioniert hat, was in welchem Rahmen unterstützt werden soll. Das wurde aktiv gemacht, und ich bin der Meinung, dass wir als Stadt auch ganz klar diesen Handlungsspielraum geben sollten. Sonst braucht es vielleicht zwar einige Ämter nicht mehr, aber dann sind wir auch absolut nicht mehr fähig, als Stadt zu agieren, wenn wir unseren Vertretern nicht etwas Kompetenz, die insgesamt ja nicht erhöht worden ist, einräumen.

Dann möchte ich konkret dem Antragsteller der Fraktion Die Mitte/EVP noch mitgeben, ich stimme euch an dieser Stelle hundertprozentig zu, es braucht nicht unbedingt Steuererhöhungen, um mehr Steuersubstrat zu gewinnen. Es gibt andere Effekte, die das erbringen, und es ist schön, dass das in diesem Fall passiert ist. Die haben aber alle etwas gemeinsam, und zwar dass sie darauf basieren, dass die Stadt an Attraktivität nicht einbüsst. Dieser Antrag geht aber genau in diese Richtung. Er kappt die Attraktivität der Stadt, wenn wir am Kulturbudget bei gut funktionierenden Institutionen sägen. Deshalb bitte ich Sie, sich das noch einmal zu überlegen und die wunderbaren Institutionen hier in der Stadt zu unterstützen.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): In diesem Portemonnaie wären das 40 Rappen, wovon wir sprechen. Allerdings sind das 40 Rappen im Verhältnis zum prallgefüllten Portemonnaie, sprich den gesamten Betriebsausgaben der Stadt. Wenn wir aber die 15 Rappen, die es im einen Fall wären, im Verhältnis zu den Ausgaben dieses Vereins stellen, dann sind es 2.60 Franken. 15 Rappen im Verhältnis zu 2.60 Franken ist dann doch ein grosser Betrag. 25 Rappen wären es beim anderen Verein im Verhältnis zu 6.60 Franken. Auch etwas, was durchaus wehtut.

Wir haben wenige Vereine in Frauenfeld, die täglich oder mehrmals pro Woche ein Kulturprogramm anbieten. Es sind nicht viele. Es ist das Cinema Luna, es ist das Eisenwerk, das Kaff und die Theaterwerkstatt Gleis 5. Bei den letzten beiden ist eine Erhöhung des wiederkehrenden Beitrags dringend angesagt, weshalb ich Sie auch bitte, diese Kürzungsanträge abzulehnen. Und zwar deshalb dringend, weil die Leistungen mittlerweile ein Mehrfaches dessen betragen, was vor Jahren in den Leistungsvereinbarungen abgemacht wurde. Beim KAFF gab es seit 15 Jahren keine Erhöhung mehr, hingegen wurde während zweieinhalb Jahren aufgrund von Corona kein Beitrag ausbezahlt, weil ja auch die Leistung nicht erbracht werden konnte. Die Leistungsvereinbarung mit dem KAFF aus dem Jahr 2010 über 35'000 Franken verlangte 40 Veranstaltungen pro Jahr. Mittlerweile sind es, wir haben

es gehört, etwa 90 Veranstaltungen pro Jahr. Sie haben also nicht die hohle Hand gemacht, sondern sie haben geleistet und fragen jetzt um zusätzliche Unterstützung nach für die Professionalisierung und die Unterstützung dieses grossen Engagements.

Die Leistungsvereinbarung mit der Theaterwerkstatt Gleis 5 aus dem Jahr 2020 über 25'000 Franken verlangte 20 Vorstellungen pro Jahr, unterdessen sind es über 60 Veranstaltungen pro Jahr. Und diese strahlen auch über Frauenfeld hinaus, sowohl beim KAFF, aber erst recht bei der Theaterwerkstatt Gleis 5. Dort sass ich kürzlich neben einem Ständerat aus dem Kanton Appenzell Innerrhoden, Herrn Fässler, der schaute sich in der Theaterwerkstatt Gleis 5 ein Stück an, das von einem Herrn Fässler, allerdings in Eselsgestalt, gehandelt hat. Ob er sich da familiär angesprochen gefühlt hat, das lassen wir auf einem anderen Papier stehen. Aber ihre 60 Veranstaltungen pro Jahr sind doch auch ein Beweis dafür, dass sie weitergehen und für solche Ausgaben durchaus auch eine Mitfinanzierung brauchen. Betriebe mit mehreren Anlässen pro Woche und mehreren Hunderttausend Franken Jahresumsatz können nicht allein in Fronarbeit geleitet werden. Es braucht eine teilweise Professionalisierung. Diese wird nicht nur von ihnen selber gefordert, sondern spätestens seit Corona auch von den Staatsebenen, weil man festgestellt hat, dass viele der Kulturschaffenden in einem grossen Prekariat arbeiten. Diesem Prekariat müssen wir entgegensteuern.

Der Regierungsrat des Kantons Thurgau hat den Sinn der Professionalisierung und des Kampfs gegen das Prekariat in der Kultur sowie die Wichtigkeit der beiden Kulturveranstalter KAFF und Theaterwerkstatt erkannt und hat beide Beiträge erhöht. Bei der Theaterwerkstatt Gleis 5 ist die Leistungsvereinbarung 2023 bis 2026 auf 300'000 Franken pro Jahr abgeschlossen worden und beim KAFF gibt es noch keine Leistungsvereinbarung, weil 2023 der Neubau noch nicht fertiggestellt war. Aber der Jahresbeitrag 2024 wurde von 20'000 Franken auf 80'000 Franken erhöht, und für 2025 werden es wahrscheinlich wieder 80'000 Franken sein, die dann für eine Leistungsvereinbarung ab 2027 vorgesehen sind.

Gegenüber der Stadt macht der Kanton durchaus Druck, und ich kann das also belegen. Es steht nämlich in einem Regierungsratsbeschluss, also hoch offiziell, zum Beitrag ans KAFF in Richtung Stadt noch diplomatisch: «Für zukünftige Unterstützungsbeiträge wird sich zeigen, wie der Betrieb im neuen Lokal anläuft und wie das Verhältnis zwischen den Beiträgen der Stadt Frauenfeld und dem Kanton Thurgau verbessert werden kann.»

Nun, man könnte es auch ein bisschen deutlicher sagen. Sie erwarten von der Stadt Frauenfeld, dass wir uns auch an diesen Mehrausgaben aktiv und finanziell beteiligen. Sie erwarten das durchaus auch zu Recht, es wurde darauf hingewiesen. Ein Exkurs in die Statistik auf nationaler Ebene: Die Ausgaben für Kultur werden in der Schweiz zu 10 % vom Bund getragen, zu 40 % von den Kantonen und zu 50 % von den Kommunen. Im Kanton Thurgau ist das nicht so. Da ist der Kanton viel stärker aktiv als andernorts in der Schweiz. Die Gemeinden inklusive die Stadt Frauenfeld nehmen sich da vornehm zurück und verstecken sich hinter dem Lotteriefonds. Das geht so nicht weiter. Wenn wir ein aktives Kulturleben haben wollen, das auch über die Grenzen hinausstrahlt, dann müssen wir auch darin investieren. Wenn wir das nicht wollen – okay. Schade aber für die zwei Institutionen, um die es heute geht, die nämlich seit Jahren in Vorleistung gegangen sind. Ich denke, dass es hier diesen Beitrag mit gutem Gewissen zu geben gilt.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion Die Mitte/EVP wird mit 19 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung durch Stichentscheid des Präsidenten angenommen.

Gemeinderat Roland Wyss (EVP), Referent im eigenen Namen: Auch wenn ich hier als Kulturverhinderer hingestellt werde, stelle ich meinen zweiten Antrag trotzdem, diesmal im eigenen Namen. Nochmals: Es geht mir darum, dass es auch in diesem Bereich keine Erhöhung gibt, es geht nicht um eine Kürzung. Ich finde das schön, wenn der Stadtpräsident hier eine flammende Rede hält und im GPK-Protokoll ist auf zwei Zeilen nachzulesen, was seine damals schon gestellten Antworten sind. Ich komme gern auf meine Frage betreffend Angebot und Finanzierung zurück.

Wie wir seit heute Nachmittag wissen, ist dem so. Man deckt schlicht und einfach anscheinend ein Bedürfnis der Bevölkerung ab, welche dieses nun auch bezahlen soll. Anscheinend hat der Stadtrat bereits Versprechungen gemacht – wieder einmal ohne zuerst den Gemeinderat zu fragen. Ich kann mir sonst die kurzfristige Reaktion der Betreiber nicht erklären. Leider bin ich es mir mittlerweile gewohnt, dass das Parlament von der Regierung als Sündenbock benutzt wird. Ich kann damit leben, finde es aber trotzdem eine äusserst schlechte Entwicklung. Anstatt bei einer Erhöhung ein Lob zu bekommen, ist es wieder so, dass man bei einer Beibehaltung der Beiträge kritisiert wird. Auch der Zunahme der Beeinflussung durch Institutionen auf das Parlament sehe ich kritisch entgegen. Können wir so noch objektiv urteilen oder geben wir einfach denen nach, die am lautesten rufen? Oder anders gefragt: Sind wir ein Parlament oder eine Gemeinschaft von Partikularvertreterinnen und Partikularvertretern?

Bei der Theaterwerkstatt Gleis 5 ist es so, dass diese gemäss der Leistungsvereinbarung, wir haben es gehört, 2023 bis 2026 einen jährlichen Beitrag von 300'000 Franken aus dem Lotteriefonds erhält. Sollte eine Anpassung dieses Betrags gewünscht werden, muss im Jahr 2025 ein neuer Antrag gestellt werden, welcher dann, wenn er bewilligt wird, ins Kulturkonzept 2027 bis 2030 einfließt. Ich sehe daher keinen Grund und auch keine Aufforderung seitens des Kantons, den Beitrag in der laufenden Periode zu erhöhen. Dass die Beiträge über den regionalen Kulturpool nicht mehr fließen, kann nicht automatisch Sache der Stadtfrauenfelder Steuerzahler werden. Ich beantrage, die Erhöhung rückgängig zu machen und den Betrag im Konto 3636.0120 auf 25'000 Franken zu belassen.

Abschliessend noch eine Bemerkung zum eingegangenen Schreiben: Ich finde es befremdend, dass man heutzutage nur mit der Bewilligung von mehr Geld einer Institution eine Wertschätzung zeigen kann.

Gemeinderat Roland Wetli (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP:

Man kann ja schon fast von einer Tradition oder auch einem Ritual sprechen. In der Budgetdebatte hier in unserem Rat stehen heute wieder Kürzungen bei den Beiträgen an Kulturveranstaltungen zur Debatte. Wir üben uns dabei wieder einmal im Mikromanagement. Das habe ich aus der Debatte im Grossen Rat gelernt, dort wurde Mikromanagement aber als Schimpfwort gebraucht, wenn ich das in der Thurgauer Zeitung richtig gelesen habe. Also Mikromanagement, denn es geht um ganz kleine Summen gemessen an unserem Gesamtbudget. Für die Betroffenen allerdings sind die Kürzungen aber durchaus einschneidend. Ich denke, es wäre sicher einmal eine gute Idee, wenn wir uns hier im Rat einmal ausserhalb des Budgets über das kulturelle Angebot unserer Stadt austauschen

würden und uns dabei Gedanken machen, wie viel wir den unzähligen privaten Veranstaltern verdanken, die etwas für unser Stadtleben tun, mit sehr viel ehrenamtlicher Arbeit und sehr bescheidenen Beiträgen der Stadt. Ich denke, das wäre einmal eine Diskussion wert, auch im Gefolge der Motion Leistungsüberprüfung, dass wir das einmal zusammen anschauen würden.

Wir profitieren in Frauenfeld davon, dass wir keine eigenen kulturellen Häuser wie Theater und Museen unterhalten, Ausnahme ist hier die Baliere, und dass wir weiter das Glück haben, dass die kantonalen Museen in unserer Stadt liegen und diese vom kantonalen Steuerzahler finanziert werden. Das ermöglicht uns hier in Frauenfeld ein bescheidenes Kulturbudget in der Grössenordnung von 1.4 Mio. Franken. Das ist sehr wenig, wenn wir das mit gleich grossen oder auch kleineren Städten wie Baden, Zug oder auch Schaffhausen vergleichen.

Zurück zum Antrag zum Theater: Wir haben in Frauenfeld das Glück, dass der Theaterverein das Theater im Eisenwerk, das Kindertheater Floh und eben die Theaterwerkstatt Gleis 5 für ein vielfältiges Theaterprogramm sorgen. Zusammen erhalten all diese Veranstalter gemäss Budgetvorlage des Stadtrats wiederkehrende Beiträge in der Grössenordnung von rund 140'000 Franken. So viel geben wir also für den Theaterbereich aus. Dass wir es in Frauenfeld mit unseren Theatern extrem gut meinen, lässt sich wohl schwerlich behaupten, wenn man diese Zahl anschaut. Sie muss immerhin für wie gesagt vier Theater ausreichen.

Die Erhöhung des wiederkehrenden Beitrags von 25'000 Franken auf 50'000 Franken bei der Theaterwerkstatt Gleis 5 haben der Stadtrat und das Kulturamt ja nicht einfach aus dem hohlen Bauch heraus beschlossen. Die Erhöhung beruht auf klaren und nachvollziehbaren Kriterien. Es wurde im Votum unseres Stadtpräsidenten schon erwähnt, die ursprüngliche Leistungsvereinbarung aus dem Jahr 2020 verlangte 20 Vorstellungen pro Jahr, unterdessen sind wir bei 60 Veranstaltungen pro Jahr. Ich finde das ein sehr starkes Argument für eine Erhöhung des Beitrags. Natürlich lässt sich dagegen einwenden, die Theaterwerkstatt soll es doch bitte bei ihrem früheren Angebot mit 20 Vorstellungen belassen und so Geld sparen. Das wäre aber kurzfristig gedacht und es wäre ein Affront gegenüber allen Frauenfelderinnen und Frauenfeldern, die mit ihrem Besuch zeigen, dass das zusätzliche Angebot dieses Theaters einem echten Bedürfnis entspricht. Es muss hier auch einmal gesagt werden, es sind sehr viele Vorstellungen im Theater Gleis 5 ausverkauft. Man muss sich sehr früh darum bemühen, wenn man noch Eintrittsbillette bekommen will. Wer wie ich am vergangenen Samstag das Stück «Zürich Hauptbahnhof» im Gleis 5 besucht hat, wird das bestätigen können, der Saal ist bis zum allerletzten Platz gefüllt, an der Seite stehen noch Notsitze, im Foyer ist kaum ein Durchkommen. Tout Frauenfeld war vor Ort, noch lange nach dem Stück wurde an der Bar weiterdiskutiert. Das Gleis 5 ist ein innovatives, frisches Theater, seine Vorführungen sind im besten Sinn des Worts volkstümlich, das heisst nahe bei dem, was uns alle bewegt. Legendär sind ja auch die Open-Air-Produktionen im Greuterhof Islikon, die sicher viele von uns auch schon besucht haben.

Ein weiterer Punkt ist uns auch noch wichtig. Wir leben in einem Staatswesen, in dem viele Aufgaben von Kanton und Gemeinden gemeinsam erfüllt werden. Kulturförderung ist eine solche klassische Verbundaufgabe, wo der Föderalismus wirklich gelebt wird. Beim Gleis 5 ist es so, dass der Kanton einen Beitrag von 300'000 Franken pro Jahr leistet. Das ist sechs Mal mehr, als die Standortgemeinde Frauenfeld leistet, die ja notabene überdurchschnittlich von diesem Angebot profitiert. Es ist klar, wir sind Standortgemeinde, ein grosser Teil des Publikums kommt aus Frauenfeld. Vielleicht mal aus Appenzell, das kann durchaus sein, das

ist erfreulich, aber es ist primär ein Angebot für uns Frauenfelder und Frauenfelderinnen. Wenn wir jetzt auf 25'000 Franken kürzen, leistet der Kanton zwölfmal so viel wie Frauenfeld. Eine solche Rechnung kann doch offensichtlich nicht aufgehen. Das Missverhältnis zwischen dem, was der Kanton leistet und was die Stadt leistet, ist offensichtlich. Die Mitglieder des Grossen Rats, die nicht aus Frauenfeld stammen, dürften dies mit Verwunderung zur Kenntnis nehmen und vielleicht sogar einmal über Konsequenzen gegenüber der Kantonshauptstadt nachdenken. Wir stehen hier auch als Stadt in der Verantwortung, den Beitrag des Kantons mit einem angemessenen Beitrag der Stadt zu ergänzen. Wir tun unserer Stadt nichts Gutes, wenn wir beim Theater Gleis 5 25'000 Franken einsparen. Ich bitte euch deshalb im Namen unserer Fraktion, den Antrag der Fraktion Die Mitte/EVP abzulehnen.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Ich brauche nicht allzu viel zu sagen, weil ich schon vorhin bei meinem Votum das Wichtigste gesagt habe. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion Die Mitte/EVP wird mit 18 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Departement 2 Bau und Verkehr

Gemeinderat Robin Goldinger (FDP), Referent im Namen der GPK Bau und Verkehr: Das Eintreten war auch in dieser GPK unbestritten. Für das Departement Bau und Verkehr machte Stadträtin Andrea Hofmann Kolb einleitende Bemerkungen zum DBV.

Das Departement für Bau und Verkehr hat sich an den strikten Sparauftrag für das Budget 2025 gehalten, obschon das DBV in jüngster Vergangenheit Aufgaben aus anderen Departementen übernommen hat, etwa die Abteilung Immobilien oder den Friedhof mit der Pflanzenproduktion. Das DBV verrichtet auch viele Leistungen zugunsten der ganzen Stadt Frauenfeld. Gespart wurde nicht nur bei kleinen, sondern auch bei grossen Positionen.

Betreffend Stellenplan wurden keine neuen Stellen beantragt.

Im Amt für Hochbau und Stadtplanung sind aktuell 100 Stellenprozent nicht besetzt. Die des ehemaligen Eigentümervertreters wird so auch nicht mehr ersetzt.

In der Abteilung Immobilien gab es eine kleine Reorganisation. In der neuen Abteilung wird es zur Unterstützung des Abteilungsleiters eine zusätzliche Stelle brauchen, die Anfang 2025 ausgeschrieben wird.

Im Amt für Tiefbau und Verkehr hat es sich gezeigt, dass es schwierig ist, gewisse Stellen zu besetzen. Auch hier gibt es eine Reorganisation. Zukünftig übernehmen Bauberaterinnen und Bauberater des Amtes für Hochbau und Stadtplanung auch Aufgaben im ATV. Das ist aber ein längerer Prozess, wofür das DBV auch externe Unterstützung in Anspruch nimmt. Aktuell sind im ATV 180 Stellenprozent nicht besetzt. Anfang 2025 beginnt die Rekrutierung für Personen aus dem Ingenieurwesen für die Abteilung Projektierungen und Bau und für eine Person aus der Verkehrsplanung für die Abteilung Mobilität und Planung.

Die GPK hat das Budget 2025 der Stadt Frauenfeld sauber durchberaten und rege diskutiert.

Auf S. 20/21 Transferertrag fragte ein GPK-Mitglied, woher die Mehrwertabgabe kommt. Die Stadträtin verwies auf die Wohnungsüberbauung Fliegerpark. Auf Nachfrage zu einem möglichen Reglement erklärte der Finanzchef, dass das Ausmass der gesetzlichen Vorgaben verwaltungsintern besprochen werden müsse. Viele Aspekte sind bereits auf übergeordneter gesetzlicher Ebene geklärt. Ausführungsbestimmungen wären aber gewiss praktikabel. Ein weiteres GPK-Mitglied verwies auf das Planungs- und Baugesetz PBG. Es braucht seiner Meinung nach unbedingt eine gesetzliche Regelung in Form eines Reglements oder einer Verordnung. Der Finanzchef hat versprochen, sich dieser Sache anzunehmen. Das Geld wird jedenfalls in einer Spezialfinanzierung im Eigenkapital im Bereich 29 abgelegt.

Erfolgsrechnung:

Ein GPK-Mitglied stellte bei der internen Verrechnung von Dienstleistungen eine massive Steigerung fest. Sascha Bundi erklärte das Prinzip. Die Kosten werden dort verrechnet, wofür sie benötigt werden. Wie der Finanzchef erklärt, werden neu auch die Löhne der Sozialdienste dort verrechnet, wo sie angefallen sind statt wie bisher zentral. Dieser Umstand ist mitunter für die neuerliche Steigerung verantwortlich.

S. 127

2100 Zentrale Dienste AHS / 3910.01 Interne Verrechnungen, Löhne

Ein GPK-Mitglied wollte den Hintergrund zum Wegfall des Lohnanteils der Abteilung Kommunikation erfahren. Robert Scherzinger erklärte, dass man festgestellt habe, dass insbesondere im DBV ein grosser Kommunikationsbedarf besteht. So wurde vor einiger Zeit in der Abteilung Kommunikation personell aufgestockt, um diesen Bedarf zu decken. Zuvor waren das extern bezogene Dienstleistungen. Nun ist man zum Schluss gekommen, dass es keine internen Verrechnungen mehr braucht. Die Kommunikation verrechnet anderen Departementen und Ämtern auch nichts.

S. 131

2120 Stadtplanung / 3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten

Ein GPK-Mitglied wollte wissen, welche Projekte anstehen, für die es externes Wissen braucht. Robert Scherzinger verwies auf das Abstellplatz- und Parkierungsreglement. Das Reklamereglement nimmt man in Angriff. Für die Bauberatung braucht es interne Merkblätter, und die gesetzliche Grundlage für die Mehrwertabgaben wird ein Thema sein.

S. 138

2133 Stadtkaserne / 3439.12 Strom

Ein GPK-Mitglied wollte wissen, wo die entsprechenden Erträge sind. Robert Scherzinger sagte, der Strom sei bei den Mietverträgen verrechnet, dies im Rahmen von Betriebskostenpauschalen. Wie der Finanzchef sagte, gibt es aktuell keine Möglichkeit, den Stromverbrauch zu berechnen. Für eine Einzelabrechnung fehlt die technische Installation. In Zukunft werden die Betriebskosten individuell verrechnet.

S. 153

2430 Zentrale Dienste Werkhof

Ein GPK-Mitglied wollte wissen, welche Fahrzeuge ersetzt werden. Sascha Bundi erklärte, dass nur noch E-Fahrzeuge angeschafft werden. In diesem Fall geht es um drei Fahrzeuge: Lieferwagen Grünpflege 90'000 Franken, Caddy 40'000 Franken und ein Lieferwagen für den Betriebsunterhalt 90'000 Franken, die am Ende ihrer Lebensdauer stehen.

Finanzplan:

Bei den Investitionen ging es um den Murgbogen. Ein GPK-Mitglied wünschte eine Erläuterung zu diesem Projekt. Wie Robert Scherzinger sagte, sollen die ersten Grundlagen erarbeitet werden. Die grösste Position wird dann auch eine Testplanung sein, die 2025 sicher vorbereitet wird. Unter Umständen braucht es auch eine Botschaft für die Testplanung aufgrund der Kosten.

Für die Investition Lindenweg, Rad- und Fussunterquerung Rheinstrasse fragte ein GPK-Mitglied, ob hier der Bau geplant ist. Das Projekt wird ja immer wieder verschoben. Dabei wäre es keine komplexe Massnahme, die einen grossen Nutzen hätte. Wie Beat Luchsinger sagte, ist die Verschiebung eines Trockenbiotops an einen noch nicht geklärten Ersatzstandort nur einer von vielen Aspekten bei diesem Projekt. Das Projekt wird ab 2025 realisiert.

Investitionsprojekte:

Ein GPK-Mitglied fragte nach den konkreten Aufwertungsideen für den Schaffhauserplatz. Robert Scherzinger erklärte, dass es sich um den Platz an der Ecke Eisenwerk-/Thurstrasse handelt, wo eine Feldulme stand. Zudem werden die ÖV-Haltestellen an der Eisenwerkstrasse gebündelt. Das spielt Platz frei an der Schaffhauserstrasse vor Café und Kita. In beiden Fällen geht es um gestalterische Aufwertungen.

Zum Schluss wollte ein GPK-Mitglied noch wissen, wie es beim Thema Minigolf aussieht. Der Bestand sei schlecht, und er wolle wissen, was dort gemacht werde. Die Stadträtin weiss, dass frühere Pächter Unterhaltsarbeiten durchgeführt haben, aber damit sei es natürlich nicht getan. Robert Scherzinger sagte, dass die Bahnen komplett erneuert werden müssen. Dies kostet weit über 100'000 Franken, konkret zwischen 140'000 Franken und 150'000 Franken, falls man auch noch das Restaurant angehen müsste. Es stellt sich hier die Frage, ob das Angebot von der Stadt bereitgestellt werden muss.

Weiter wurde gefragt, was allgemein die Pläne für das Rüegerholzareal sind, wie zum Beispiel der Stand der Herberge. Robert Scherzinger weiss, dass der Baurechtsvertrag für die Herberge auf 2032 oder 2034 verlängert worden ist. Dann laufen alle Baurechtsverträge gleichzeitig aus. Für das gesamte Areal ergeben sich tiefe Fragestellungen. Im Gesamtkonzept Sport- und Freizeitanlagen wäre für 2024 eine Weiterentwicklung angedacht gewesen, aber aufgrund der Vorgaben der Budgetrückweisung wurden die Pläne für dieses Jahr sistiert. Der Finanzchef gibt zu bedenken, dass es sich beim Minigolf um eine Investition handelt im erwähnten Ausmass mit einer Betriebsdauer bis vielleicht 2034 oder 2036, die niemals rentieren würde.

Die GPK stimmte dem Budget (explizit ohne Steuerfuss) des Departements Bau und Verkehr mit 7 Ja-Stimmen gegen 0 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen zu. Ein grosser Dank gilt allen Mitarbeitenden des DBV für den täglichen Einsatz für die Bauten der Stadt Frauenfeld.

S. 137

2133 Stadtkaserne / 3431.40 Mieten und Bemützungskosten

Gemeinderätin Lisa Badertscher (SVP), Referentin im eigenen Namen: Es handelt sich hier nicht um einen Antrag, sondern um eine Frage. Die Finanzkompetenz des Stadtrats ist in der Gemeindeordnung geregelt. In Art. 37 Abs. 2 der Gemeindeordnung ist zu lesen: «Er kann einmalige, im Voranschlag nicht vorgesehene Aufwendungen bis 300'000 Franken und jährlich wiederkehrende bis 30'000 Franken beschliessen.» Nun ergibt sich für mich die Frage: Inwiefern sind die 50'000 Franken für Mieten und Benutzungskosten, die bereits im Budget 2024 aufgetreten sind, in der Finanzkompetenz des Stadtrats? Oder direkt gefragt: Findet hier eine Kompetenzüberschreitung des Stadtrats statt? Bis heute wurde dem Gemeinderat oder dem Volk noch keine Botschaft über die finanziellen Auswirkungen der Stadtkaserne vorgelegt. Gedenkt der Stadtrat, 2025 eine solche zu präsentieren? Vielen Dank schon jetzt für die Beantwortung meiner Fragen.

Stadträtin Andrea Hofmann Kolb (CH): Die Stadtkaserne ist eine Finanzliegenschaft. Sie ist im Finanzvermögen geführt und sie ist jederzeit frei handel- und veräusserbar. Als Finanzliegenschaft liegt sie in der Kompetenz des Stadtrats. Die Stadtkaserne soll für eine lange Zeit, zumindest für die Zeit der Zwischennutzung über ca. zehn Jahre für kommende Aufgaben der Gemeinde sichergestellt werden. Sie darf während der Zwischennutzung den Finanzhaushalt nicht belasten und soll einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen erbringen sowie einen Ertrag abwerfen. Somit entstehen aus Sicht der Stadtfinanzen aus dem Betrieb der Stadtkaserne keine einmaligen oder wiederkehrenden Ausgaben, und Art. 37 der Gemeindeordnung kommt nicht zur Anwendung. Es gilt zu beachten, dass die Zuständigkeit für den Abschluss eines Baurechtsvertrags weder in Art. 8 der Gemeindeordnung (obligatorische Gemeindeabstimmung) noch in Art. 31 der Gemeindeordnung (Befugnisse des Gemeinderats) ausdrücklich vorgesehen ist. Somit kommt Art. 36 Ziff. 5 der Gemeindeordnung zum Tragen. Ziff. 5 sagt, dass der Stadtrat für alle Geschäfte zuständig ist, für deren Erledigung nicht ausdrücklich die Zuständigkeit eines anderen Gemeindeorgans vorgesehen ist. Soviel zur ersten Frage und einer allfälligen Kompetenzüberschreitung des Stadtrats.

Zur zweiten Frage und zu einer allfälligen Botschaft: Da Finanzliegenschaften den Finanzhaushalt nicht belasten dürfen und die Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt werden sollen, ist der ordentliche, werterhaltende Unterhalt oder Investitionen aus vernachlässigtem Unterhalt in der Erfolgsrechnung zu budgetieren. Im Oktober 2024 nach der Beantwortung der Einfachen Anfrage «Stadtkaserne – wo stehen wir?» hat der Stadtrat den Marktwert der Stadtkaserne durch einen externen Schätzer eruieren lassen. Der Marktwert der Stadtkaserne beträgt 4'960'000 Franken. Das heisst, die Stadtkaserne ist eine Finanzliegenschaft und sie liegt in der Kompetenz des Stadtrats. Der Stadtrat ist zuversichtlich, dass sich die Stadtkaserne zumindest finanzneutral entwickeln wird. Und der Betrag von 4'960'000 Franken wird übrigens in der Rechnung 2024 erscheinen. Ob und zu welchem Zeitpunkt für die künftige Entwicklung der Stadtkaserne eine Abstimmung nötig ist, hängt unter anderem von den Resultaten der Vertiefungsstudie zum Ideenwettbewerb Stadtkaserne ab. Diese werden im Mai 2025 abgeschlossen sein. Mit einer Botschaft ist im

Jahr 2025 nicht zu rechnen. Gern weise ich an dieser Stelle darauf hin, dass die Türen des DBV stets offen sind. Bitte ungeniert vorbeikommen, wir schätzen den direkten Kontakt und Fragen beantworten wir gern.

Departement 3 Thurplus, Freizeit und Sport

Gemeinderätin Lisa Badertscher (SVP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Ich möchte mich im Namen der gesamten GPK ganz herzlich bei allen beteiligten Personen für das Erstellen dieses Budgets bedanken. Das Eintreten in unserer GPK war unbestritten.

Einführend erwähnte Stadtrat Fabrizio Hugentobler, dass das Budget 2025 unspektakulär und mit den vorgenommenen Kürzungen im Wesentlichen auf den Betrieb reduziert sei.

Auf Anfrage eines Mitglieds der GPK, ob die Schlossbadi vollständig abgerechnet sei, entgegnete Amtsleiter Roman Brülisauer, dass dies noch nicht der Fall sei und sich sicher noch bis ins Jahr 2025 ziehen werde, wenn nicht noch länger, da vor allem im Bereich der Badewassertechnik noch Unstimmigkeiten herrschen. Man werde sich aber im Rahmen des Baukredits in der genehmigten Überschreitung von 10 % bewegen.

S. 12

Ein Mitglied der GPK stellte die Frage, wie es mit dem Spielplatzkonzept aussehe. Laut Amtsleiter Roman Brülisauer sei dies in der 2. Auflage zum Budget 2024 herausgefallen und werde frühestens 2027 wieder budgetiert.

S. 22

Ein Mitglied der GPK wollte wissen, was es mit den in der Botschaft erwähnten höheren Personalkosten bei den Sportanlagen auf sich habe. Laut Finanzchef Reto Angehrn wurden die Lohnkosten im Budget 2024 zu tief budgetiert. Der Stellenplan habe sich jedoch nicht verändert.

S. 163

3110 Amt für Freizeit und Sport / 3010.00 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

Hier wurde nochmals nach den bereits erwähnten, zu tief budgetierten Lohnkosten gefragt. Der Amtschef kann sich nicht erklären, wie der Fehler im Budget 2024 entstanden ist und entschuldigt sich nochmals dafür. Nach mehrmaliger Überprüfung mit dem Finanzchef sollte der Betrag nun stimmen.

S. 164

3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter und Fachexperten

Ein GPK-Mitglied wollte wissen, was 2025 im Gesamtkonzept Freizeit und Sportanlagen geplant sei. Laut Stadtrat Fabrizio Hugentobler wurde 2024 aus Geld- und Ressourcengründen nichts gemacht. 2025 soll eine Weiterentwicklung des Konzepts mithilfe von Fachleuten im Bereich Sportanlagen stattfinden, um einzelne Massnahmen abzuleiten und zu erfahren, welches Preisschild und welche Priorität die Massnahmen haben.

3636.25 Beiträge Vereinsjugendarbeit

Ein Mitglied der GPK sprach sich gegen die Kürzung der Vereinsbeiträge aus und fragte nach den Reaktionen der Vereine. Laut dem zuständigen Stadtrat seien die betroffenen Vereine noch nicht aktiv informiert worden, da es keine Leistungsvereinbarung gebe, sondern dies ein Pro-Kopf-Beitrag an Kinder- und Jugendvereine sei. Die Massnahme sei als Sparmassnahme getätigt worden und wird vom zuständigen Stadtrat als unschön beschrieben. Mehrere Mitglieder der GPK sind der Meinung, dass dies der falsche Ort zum Sparen sei. Ein Mitglied der GPK verweist in der Diskussion auf das Subsidiaritätsprinzip und die Unterstützung von privaten Stiftungen und Serviceclubs, da die Stadt an einem Punkt sei, an dem man verzichten müsse. Anschliessend stellte ein Mitglied der GPK den Antrag, die Kürzung um 17'000 Franken sei rückgängig zu machen und der Betrag bei 68'000 Franken zu belassen (siehe Antrag 2 lachsfarbenedes Papier). Der Antrag wurde mit 4 Ja gegen 2 Nein bei 1 Enthaltung angenommen. Der Amtsleiter verwies nach der Abstimmung darauf, dass in der Praxis der Betrag pro Kopf bei 40 Franken bleibt, was den Gesamtbetrag abhängig macht von der Anzahl Kinder und Jugendlicher und voraussichtlich nicht genau 17'000 Franken betragen wird. Laut Finanzchef muss der Antrag jedoch einen konkreten Betrag beinhalten und wird aus diesem Grund so belassen.

S. 164

3635 Beitrag Unterhaltskosten Herberge Rüegerholz

Ein Mitglied der GPK wollte wissen, ob diese Streichung bereits kommuniziert sei. Laut dem Amtsleiter sei der Kassier des Altpfadfinderverbands Frauenfeld informiert und habe dies zur Kenntnis genommen. Da der Baurechtsvertrag sowieso 2034 auslaufen werde und der Altpfadfinderverein solide Finanzen aufweise, hat man diese Kürzung vorgenommen.

S. 167

3120 Schlossbadi / 3101.00 Betriebs- und Verbrauchsmaterial

Ein Mitglied der GPK wollte wissen, wieso die dreifache Menge an Calciumhypochlorid eingesetzt werden muss. Laut dem zuständigen Stadtrat habe sich der Einkaufspreis verdoppelt. Zudem seien die Anlagen noch nicht optimal eingestellt, da man Erfahrungen mit dem neuen Anlagen sammeln müsse und durch die erfreulicherweise hohen Besucherzahlen auch mehr Calciumhypochlorid eingesetzt werden müsse.

S. 168

3130.03 Kontospesen

Auf Nachfrage eines GPK-Mitglieds äusserte der zuständige Amtsleiter, dass die Word-Line-Gebühren zu tief kalkuliert wurden und mehr bargeldlos bezahlt werde.

S. 170

4240.01 Eintritte und Abonnemente

Laut Amtsleiter Roman Brülisauer liege man über den Erwartungen. Man konnte bisher 20 bis 30 % mehr Besucher registrieren gegenüber 2019.

S. 171

Kunsteisbahn / 3132 Honorare externe Berater, Gutachter und Fachexperten

Auf Nachfrage eines GPK-Mitglieds, ob das Grossverbrauchergesetz neu sei, entgegnete Amtsleiter Roman Brülisauer, dass die Abgabe vorher gekoppelt gewesen sei mit der Badi und neu getrennt sei.

3144.00 Unterhalt Hochbauten Gebäude

Der Lift wurde bereits 2024 budgetiert, fiel jedoch in der 2. Auflage des Budgets heraus und muss nun definitiv saniert werden.

S. 172

Sportanlagen

Ein Mitglied der GPK wollte wissen, ob sich in Sachen Hallenbelegungsmanagement etwas entwickelt habe. Laut Stadtrat Fabrizio Hugentobler sei die Idee der Stadt, dies an die Hand zu nehmen, bei den anderen beteiligten Vertretern wie Berufsschule, Kanti und Schulgemeinden nicht auf Gegenliebe gestossen. Das Projekt sei nun gestorben.

S. 174

3152.02 Unterhalt Fahrzeuge

Ein Mitglied der GPK fragte, ob die Anschaffung der Spindelsätze beim Rasenmäher notwendig sei. Laut Amtsleiter Roman Brülisauer sei die Anschaffung der Spindelsätze nach 14 Jahren im Einsatz mehr als nötig.

S. 175

Casino

Auf Nachfrage, wie der aktuelle Stand beim Casino sei, entgegnete Stadtrat Fabrizio Hugentobler, es werde auf verschiedenen Ebenen am Thema Casino gearbeitet. Es geht um die Bedürfnisse der Veranstaltenden und bauliche Betrachtungen verschiedener Varianten (bestehender Standort oder Doppelreithalle). Aktuell arbeitet man an den baulichen Betrachtungen des bestehenden Standorts und erwartet, Ende Jahr einen guten Entwurf zu haben, um die baulichen Fragen am bestehenden Standort geklärt zu haben.

S. 177

Festhalle

Ein GPK-Mitglied wollte wissen, welche Strategie für die Festhalle vorgesehen ist. Laut Stadtrat Fabrizio Hugentobler betrachte man mit dem Auslaufen der Baurechtsverträge 2034 das gesamte Gebiet um die Rüegerholzhalle, das der Stadt gehört.

S. 179

Zeltplatz

Auf Nachfrage, was beim Zeltplatz geplant sei, antwortet Stadtrat Fabrizio Hugentobler, der weitere Plan bezüglich Zeltplatz hänge von der Murgkorrektur/Revitalisierung durch den Kanton ab. Eine allfällige Umsiedlung des Campingplatzes soll aber nicht auf Kosten der Stadt erfolgen, sondern durch private Investoren oder den Campingclub Thurgau finanziert werden. Es sei nicht Aufgabe der Stadt, einen Zeltplatz zu sanieren und zu betreiben.

S. 243

Institutionelle Gliederung nach Ausgabenart

Ein Mitglied der GPK wollte wissen, nach welchen Parametern kurz-, mittel- und langfristig gebunden definiert ist. Der Finanzchef verweist auf die Anleitung, die es schon immer im Ordner auf S. 209 gibt. Einerseits wird zwischen gebunden und ungebunden unterschieden, andererseits wird unterschieden, in welchem Zeitraum gebunden und ob die Ausgaben veränderbar sind. Wichtig: Die Betrachtungsweise, ob eine Ausgabe gebunden oder ungebunden ist, stellt eine Momentaufnahme dar. Zudem ist festzuhalten, dass die Motion von Kathrin Widmer Gubler und Stefan Vontobel in dieser Betrachtung noch nicht berücksichtigt ist. Es hat noch keine departementsübergreifende Harmonisierung des Begriffs, was ungebunden und was gebunden ist, stattgefunden. Die vorliegende Auflistung beruht auf Angaben der Amtsleitungen, die vom Finanzamt nicht aktiv hinterfragt wird. Zudem sei die Aussagekraft dieser Liste gering, da bis anhin wenig damit gearbeitet wurde.

Die GPK stimmte dem Budget (explizit ohne Steuerfuss) des Departements 3 Thurplus, Freizeit und Sport ohne Thurplus mit dem oben erwähnten Änderungsantrag mit 5 Ja gegen 1 Nein bei 1 Enthaltung zu.

S. 164

3635

Gemeinderat Niklaus Briner (SVP), Referent im eigenen Namen: In dieser Position ist der Beitrag der Stadt Frauenfeld an die Jugendherberge ersatzlos gestrichen worden. Also nicht herabgesetzt, sondern ersatzlos gestrichen. Wir sprechen hier nach Roland Wetli über Mikromanagement und nach Anders Stokholm über 15 Rappen.

Die Jugendherberge in Frauenfeld wird seit jeher nicht von der Stadt selbst betrieben. Der Frauenfelder Altpfadfinderverband übernimmt diese Aufgabe. Er stellt überdies die Infrastruktur für den Pfadibetrieb der Jugendlichen ohne weitere öffentliche Unterstützung zur Verfügung. Der Altpfadfinderverband betreibt seit 1949 auf dem Areal Rüegerholz die weitgehend auch aus eigener Kraft finanzierte Unterkunft auf einem Stück Land der Stadt Frauenfeld im Baurecht. Dem in der Herberge fehlenden Luxus, den man aber nie angestrebt hat, ist geschuldet, dass die Unterkunft mittlerweile nicht mehr unter dem geschützten Begriff Jugendherberge geführt ist. Ohne diese Institution würde unsere Stadt über keine Gruppenunterkunft für auswärtige Gäste wie Schulklassen, Vereine, manchmal auch Familien oder andere private Gruppen verfügen. Ein Klassenlager, Vereinslager in einer manchmal zufälligerweise zur Verfügung stehenden Zivilschutzanlage ist schon nicht so chic. Leichtathletik-, Schwimm- oder sonstige Sportturniere finden für ihre auswärtigen Teilnehmer sonst kaum Unterkünfte. Auch die Faustballeuropameisterschaft in diesem Jahr hat die Unterkunft überbucht. Die Finanzlage ist tatsächlich derzeit entspannt nach diesem Höhenflug in diesem Jahr.

Der Betrieb der Herberge wird durch das Heimleiterehepaar, welches in der Heimleiterwohnung der Herberge wohnt, liebevoll und zuverlässig sichergestellt. Die anstehenden Sorgen des Betreibervereins im Zusammenhang mit der Herberge sind altersbedingt. Sie suchen nach einem neuen Heimleiterehepaar. Aufgrund der ungewissen Zukunft des Areals nach dem Ablaufdatum des Baurechtsvertrags im 2034 sind für den Verein wieder grössere finanzielle Anstrengungen nötig, um für die Zukunft bereit zu sein. Es fehlt in diesem Zusammenhang aber auch an Planungssicherheit für die Zeit nach 2034. Just in diesem Moment streicht nun die Stadt ihre schmerzfreie Mitwirkung an die für die Öffentlichkeit günstige und anstrengungslose Lösung ohne eigenen Ärger, eine Jugendherberge in Frauenfeld präsentieren zu können. Ich beantrage deshalb, die Streichung des jährlichen Beitrags in der Position 3635.00 auf S. 164 wieder rückgängig zu machen und den Stadtbeitrag von 15'000 Franken an den Altpfadfinderverband für den Betrieb der Jugendherberge wieder ins Budget aufzunehmen.

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im eigenen Namen: Spannend, ich habe mehrere neue Dinge gelernt, insbesondere dass es in der Stadt Frauenfeld keine anderen Gruppenunterkünfte gebe. Das ist meines Wissens falsch, dazu wird der Stadtrat sicher noch etwas sagen.

Ich appelliere nochmals, das Amt hat einen Sparauftrag wahrgenommen und diesen an verträglicher Stelle platziert. Das Mikromanagement ist das, was wir dabei tun. Das Amt hat einen Auftrag, diesen hat es erfüllt.

Da war noch etwas: Wir wollten doch auf der bürgerlichen Seite budgetneutral abstimmen, das ist nicht gegeben. Deshalb bitte ich doch, diesen Antrag abzulehnen.

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Erlauben Sie mir, ein paar Worte an Sie zu richten, welche nicht unmittelbar mit diesem Antrag zu tun haben und trotzdem an Sie gerichtet werden sollten – aus meiner Sicht zumindest.

Ja, sparen tut uns allen weh und ist eben nicht schmerzfrei. Und einleitend: Es ist wirklich schön und Balsam in meinen Ohren, wenn der Begriff Mikromanagement mittlerweile auch grenzübergreifend verwendet wird, besten Dank dafür.

Wenn sich die Räte in der heutigen Debatte über Sparvorschläge in diesen Grössenordnungen austauschen, gelangen wir damit noch nicht ans Ziel. Die einzelnen Anträge sind wohl für die jeweiligen Zielgruppen schmeichelnd, aber im Ganzen wenig zielführend. In der jetzigen Situation sind wir gefordert, gemeinsam weitsichtiger zu agieren und die Weichen generell neu zu stellen. Es liegt auf der Hand, was es braucht. Das sind strukturelle Veränderungen, und dazu gehört auch eine Auf- und Ausgabenverzichtsplanung. So, wie es jede Familie machen würde, wenn das Geld Ende Monat nicht ausreicht. Alle von uns trennen in einer solchen Situation Wünschbares von Notwendigem, und alle Mitglieder müssen einen Beitrag zum Sparen leisten. Und kaum jemandem von uns käme es dann in den Sinn, Ende Jahr beim Chef 5 % mehr Lohn zu verlangen, wenn das Geld nicht reicht. Und so ist es eben auch bei uns nach der Volksabstimmung mit der Steuerfusserhöhung.

Wir sparen, wo wir können und setzen dort an, wo wir können. Eine Aufgabenverzichtsplanung, ob gebunden oder ungebunden, ist zwingend, weil sich die Stadt zahlreiche Dienstleistungen, Aufgaben und Projekte vielleicht nicht mehr leisten kann. Ich bin

überzeugt, dass bei der Betrachtung aus einer neutralen Perspektive die Frage, warum eine Aufgabe erbracht werden soll, neue Wege und Möglichkeiten aufzeigt.

So sind wir gezwungen, alle Leistungen und Aufgaben der Stadt zu hinterfragen. Dazu sind wir alle aufgefordert. Beide Räte, alle Mitarbeitenden. Es gilt, einen gemeinsamen Weg einzuschlagen, auf dem wir nicht im Kreis gehen, uns gegenseitig nicht ausbremsen, sondern miteinander das gemeinsame, grosse Ziel erreichen. Und es braucht echten Willen, das ehrgeizige Ziel gesunder Finanzen gemeinsam zu erarbeiten. Und dafür sind wir in den kommenden Monaten und Jahren als Vorbereitung für die künftigen Budgets gefordert. Lösungen für einen sach- und zielorientierten Prozess liegen noch in der Ferne, und die Zusammenarbeit beider Räte ist umso mehr gefordert, über die Parteigrenzen hinaus, nicht nur im Sport- und Kulturbereich.

Und nun meine Antwort zum Antrag vom Gemeinderat Briner: Die Arbeit von Freiwilligen schätzen wir sehr wohl, das wissen Sie auch, und sei das bei den jüngeren und auch bei den alten Pfadfindern. Es bestehen sehr wohl noch Unterkünfte in der Stadt Frauenfeld, die aber zugegebenermassen im Moment alle belegt sind. Diese sind anderweitig genutzt und dauernd belegt, aber es würden zum Beispiel auch in Kurzdorf Sechserzimmer angeboten.

Als wir dem Kassier des APF-Corps Pfadi Frauenfeld unseren Entscheid zur Beitragskürzung im August mitgeteilt haben, nahm er die Kürzung zur Kenntnis und zeigte auch gegenüber uns zumindest ein gewisses Verständnis.

Wie sind wir zu diesem Entschluss gekommen? Sparen geht uns alle an, und es tut allen weh. Gerade jetzt. Und weil wir es als Stadt mit der aktuellen Finanzlage nicht als unsere Aufgabe oder gar als Notwendigkeit sehen, Vereine mit gesunden Finanzen zu unterstützen oder gar deren Vermögen zu äufnen. Die Vereinskasse des APV weist einen hohen Betrag bei den Aktiven und ein grosses Vereinsvermögen aus, beides im sechsstelligen Bereich. Also bitte schön, wenn wir bei der Stadt schon von unseren Rücklagen leben müssen, dann müssen auch Vereine mit gesunden Finanzen dies uns nachtun. Der laufende Herbergenbetrieb inklusive diverser Unterhaltsarbeiten kann auch in den kommenden 10 bis 15 Jahren durch den Verein selber getragen werden, dies auch ohne Beiträge der Stadt. Deshalb erachten wir die vorgesehene Kürzung als angebracht und sind dagegen, dass diese um 15'000 Franken rückgängig gemacht wird.

Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im Namen der Fraktion Die

Mitte/EVP: Ihr staunt wahrscheinlich, wenn ich das sage, ich bin auch gegen diesen Antrag. Aber ich möchte doch auch noch erwähnen, dass es einen guten Grund gibt. Wir haben gehört, wir haben auf die Finanzen geschaut, und diese sind im Moment dank der guten Umsatzzahlen auch vernünftig gut. Und deshalb sagen wir jetzt, wir sparen. Ich habe mir noch überlegt, einen Antrag um 1'000 Franken oder 1 Franken Erhöhung zu machen, einfach dass diese Zeile nicht verlorenght. Ich denke nicht, dass wir künftig auf eine solche Herberge verzichten können und wollen. Ich bin völlig überzeugt, da werden wir eine Mehrheit finden, auch wenn es nicht durch die Altpfadfinder passieren würde.

Etwas erstaunt oder überrascht bin ich nun durch die Aussage von Stadtrat Hugentobler. Er hat sozusagen das Baurecht um fünf Jahre verlängert, wenn er sagt, wir können die Herberge während der nächsten 15 Jahre so betreiben mit unseren Finanzen. Das freut mich einerseits, andererseits möchte ich auch darauf aufmerksam machen, dass die Planung eines Ersatzobjekts nicht nur ein oder zwei Jahre dauert. Dazu braucht es eine Ortssuche und auch

eine Geldsuche. Das dauert mehrere Jahre. Deshalb bin ich froh, wenn das Baurecht möglichst lange dauert und wir es in dieser Zeit aus eigener Kraft schaffen, die Finanzen im Griff zu haben.

Abstimmung

Der Antrag von Gemeinderat Niklaus Briner wird mit 10 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Departement 4 für Alter und Gesundheit

Gemeinderat Fabio Bergamin (CH), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Die GPK hat dieses Budget am 26. November 2024 im Beisein von Stadträtin Regine Siegenthaler, dem Leiter Amt für Alter und Gesundheit, Urban Kaiser, und dem Leiter Finanzamt, Reto Angehrn, beraten. Das Departement budgetiert 2025 gegenüber den Budget 2024 unter dem Strich mit einem um 140'000 Franken höheren Aufwand. Wie dem Budget zu entnehmen ist und wie uns die Stadträtin und der Amtsleiter ausführten, ist die Kostensteigerung unter anderem auf folgende Punkte zurückzuführen:

Das Departement überprüft in einem Projekt die Rechtsform des Alterszentrums Park und eine allfällige Verselbstständigung. Das Departement überarbeitet das städtische Alterskonzept in einem Update. Die Lohnkosten steigen in der Abteilung Krankenkasse und AHV, weil eine Stelle nicht mehr wie bisher mit einer Mitarbeiterin in einem Reintegrationsprogramm besetzt wird und bisherige Beiträge der Invalidenversicherung wegfallen. Bei der individuellen Prämienverbilligung und bei den ambulanten Leistungen, namentlich bei der Spitex rechnet das Departement ebenfalls mit Mehrkosten.

Es kommt bei einzelnen Positionen auch zu einem Minderaufwand oder zu mehr Einnahmen. Zu erwähnen sind hier: Die Stadt arbeitet bei der Fachstelle Alter und Generationenfragen neu mit dem Kanton bzw. mit dem Roten Kreuz zusammen. Unter dem Strich ist es für die Stadt vorteilhaft, weil sie dafür eine Vergütung erhält. Das Departement führt im Jahr 2025 kein Freiwilligenfest und keine Neupensioniertenfeier durch. Beide Veranstaltungen finden nur alle zwei Jahre statt.

Zum Thema der Überprüfung der Rechtsform des Alterszentrums Park sowie einer allfälligen Verselbstständigung: Das Departement budgetiert dafür im kommenden Jahr 75'000 Franken. Ein GPK-Mitglied wollte an der Sitzung wissen, ob es sich dabei um einmalige Kosten handelt oder ob in den Folgejahren für dieses Projekt mit weiteren Kosten zu rechnen ist. Stadträtin Regine Siegenthaler erklärte, dass möglicherweise auch 2026 nochmals mit Kosten zu rechnen sei. Zuvor werde es aber noch einen Grundsatzentscheid des Stadtrats geben. Stadträtin Regine Siegenthaler erwähnte, dass ein vergleichbares Projekt in einer Gemeinde im Kanton Zürich 200'000 Franken gekostet habe. Auf Nachfrage eines weiteren GPK-Mitglieds erwähnte die Stadträtin, dass eine solche Überprüfung komplex sei und viele Abklärungen sowie eine extern begleitete Projektkoordination erfordere. Bei den Projektkosten handle es sich zum grossen Teil um Honorare Dritter. Falls sich der Gesamtstadtrat für das Projekt ausspreche, werde nicht nur der Businessplan erarbeitet, es werde auch eine ausgearbeitete Botschaft geben, die Auskunft gebe zu einer allfälligen Anpassung der Rechtsform, zu den Grundstücken des Alterszentrums Park und zu Fragen der Personalanstellung. Für detailliertere Angaben verweise ich auf das GPK-Protokoll.

In der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen wurden zum Budget des Departements für Alter und Gesundheit keine Änderungsanträge gestellt und diskutiert. Die GPK stimmte nicht über den Steuerfuss ab. Dem Budget des Departements für Alter und Gesundheit stimmte die GPK mit 6 Ja, 0 Nein und 0 Enthaltungen einstimmig zu. Im Namen der GPK danke ich der Stadträtin und dem Amtsleiter für die Beantwortung unserer Fragen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesem Departement für Ihre geschätzte Arbeit.

Keine Wortmeldungen aus dem Rat.

Departement 5 für Gesellschaft und Soziales

Gemeinderat Luc Pizzini (CH), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Das Eintreten war in unserer GPK unbestritten.

Olaf Rütimann erläuterte, dass die Budgetierung insbesondere in den Bereichen Beistandschaften, Flüchtlingswesen und Sozialhilfe herausfordernd sei. Diese Aufgaben basieren auf gesetzlichen Vorgaben und sind somit kaum steuerbar und vorhersehbar. Positiv hervorzuheben ist, dass die Leistungen im aktuellen Budget klarer deklariert sind. Der Sachaufwand beim Personal wurde auf verschiedene Bereiche aufgeteilt, basierend auf prozentualen Fallzahlen. Dies sind 75 % lokale Einwohnerinnen und Einwohner, 15 % ukrainische Flüchtlinge mit Schutzstatus S sowie 10 % andere oder weitere Flüchtlinge. Diese Verteilung ist bislang nur grob geschätzt, soll aber in Zukunft präzisiert ausgearbeitet werden.

Es gibt steigende Ausgaben in zentralen Bereichen. Hier stellte die GPK fest, dass Beistandschaft, Sozialhilfe und das Flüchtlingswesen weiter steigend sind. Die Gründe hier sind divers. Die Zahl der Sozialhilfebeziehenden wächst proportional mit der Stadtbevölkerung, jedoch nicht anteilmässig. Bei den Flüchtlingen geht es ebenfalls nicht nur auf absolute Fallzahlen zurück, sondern auch die Gesundheits- und Lebensunterhaltskosten müssen bezahlt werden. Da diese steigen, steigen auch die Ausgaben für die Stadt.

Zum Personalwesen und Weiterbildungen: Frauenfeld punktet bei der Personalsuche insbesondere bei neu ausgebildeten Fachkräften durch wettbewerbsfähige Löhne und die Übernahme von Weiterbildungen. Diese werden vollständig finanziert, sofern sich die Mitarbeitenden für einen bestimmten Zeitraum an die Stadt binden.

Im Bereich der Beistandschaft sind Weiterbildungen ein grosses Thema, da sie teilweise von der KESB gefordert werden. Es ist erfreulich, dass das Amt seinen Mitarbeitenden wieder Weiterbildungsmöglichkeiten bieten kann.

Des Weiteren positiv hervorzuheben ist, dass alle Stellen besetzt sind, wodurch die Kosten für temporäre Mitarbeitende im Vergleich zum Vorjahr sinken.

Im Budget gab es einen Korrekturposten, dieser ist beim Posten 5110 Sozialhilfe und Beratung zu finden. In den Vorjahren war das Konto 3637.70 Unterstützung anerkannter Flüchtlinge fälschlicherweise in diesem Posten enthalten. Dies wurde nun korrigiert, und das Konto ist nun im Posten 5111 Asylwesen Konto 3637.74 integriert. Folglich schneidet der Posten 5110 deutlich besser ab, während das Asylwesen 5111 entsprechend schlechter ausfällt.

Bei der Berufsbeistandschaft ist zu erwähnen, dass die Mandate um 25 % gestiegen sind. Dies ist eine Tendenz, die seit langem zu beobachten ist und sowohl bei jüngeren wie auch bei älteren Personen festzustellen ist.

Ein guter Geldgeber für die Stadt sind die Deutschkurse. Diese sind sehr gut besucht und geniessen einen guten Ruf. Die Teilnehmenden sind teilweise Selbstzahlende, die finanziell unterstützt werden, oder Personen, die vom RAV vermittelt werden. Sie müssen teilweise ein Niveau B1 vorweisen, um in den Arbeitsmarkt zu kommen. Die Finanzierung erfolgt meist über Sozialdienste oder Subventionen von Kanton und Bund.

Die Anträge in der GPK waren:

3638.00 Auslandhilfe, Hilfswerke: Erhöhung von 35'000 Franken auf 91'000 Franken:

Es wird sich auf die Motion Wüthrich berufen, die 2 Promille der Steuereinnahmen auf dieses Budget stellt. Dies wurde mit 3 Ja gegen 4 Nein abgelehnt. Gründe waren Sparzwang, hoher administrativer Aufwand, geringer Bezug der unterstützten Projekte zu Frauenfeld. Bei der Frage, ob die Motion rechtens ist und somit auch die Kürzungen rechtens wäre, war man sich in der GPK uneinig.

3638.00 Auslandhilfe, Hilfswerke: Erhöhung um 5'000 Franken:

Diese wurde mit 4 Ja gegen 3 Nein angenommen. Dies mit dem Ziel, zumindest minimalen Spielraum für Unterstützung zu schaffen. Teile der GPK sind sich einig, dass man in Frauenfeld immer noch ein gutes Leben genießt, und der Gedanke zu spenden, und die vielen Brennpunkte auf der Welt punktuell zu unterstützen, ehrenwert sind.

3636.00 Beiträge an Organisationen ohne Erwerbszweck:

Ein Antrag auf Erhöhung von 5'000 Franken wurde mit 4 Ja gegen 3 Nein angenommen. Damit sollen lokalen Projekten wie beispielsweise dem Zweistundenlauf mehr Unterstützung ermöglicht werden.

3132 Zeppelin-Projekt:

Die Reduktion von 24 auf 20 Plätze führte zu Diskussionen. Stadträtin Barbara Dätwyler erläuterte, dass die Plätze in der Vergangenheit selten voll belegt waren, sich die Nachfrage jedoch wieder erhöht habe. Vor allem die Corona-Jahre waren ein Dämpfer für das Projekt, da zu diesem Zeitpunkt keine Hausbesuche möglich waren. Nun ist das Projekt jedoch wieder sehr gut angelaufen. Gründe für die Unterstützung aus der GPK sind: Die Unterstützung in jungen Jahren ist für ein Kind am wichtigsten und förderlichsten. Eine gute Entwicklung im jungen Kindesalter ist für das Meistern des restlichen Lebens notwendig. Unterstützungsangebote in späterem Alter sind weniger erfolgsversprechend und kostspieliger. Die Kosten pro Platz sind 8'000 Franken und im Vergleich zur Familienbetreuung oder gar einer stationären Massnahme sehr gering. Sowohl finanziell wie auch im sozialen Bereich kann man mit diesem Projekt viel bewirken. Die 8'000 Franken pro Platz sind gut investiert, sie ermöglichen eine gelingende Kindheit und können enorme Kosten in Zukunft einsparen. Hier ist noch zu erwähnen: Es wird nur die effektive Leistung bezahlt. Der Antrag zur Aufstockung auf 24 Plätze und einer Budgeterhöhung um 32'000 Franken wurde mit 5 Ja gegen 1 Nein und 1 Enthaltung angenommen.

Die GPK nimmt das Budget mit dem Änderungsantrag mit 5 Ja gegen 2 Nein an.

S. 189

5001 Beiträge Departement für Gesellschaft und Soziales / 3636.00 Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck

Gemeinderätin Lisa Badertscher (SVP), Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU:

Laut Stadträtin Barbara Dätwyler kann sie mit dem von ihr budgetierten Betrag von 20'000 Franken die für ihr Departement und die Stadt wichtigen Partnerorganisationen ausreichend unterstützen. Zusätzlich hat die Bevölkerung im Sommer darüber abgestimmt, den Steuerfuss nicht erhöhen zu wollen, was der Gemeinderat in der Budgetdebatte respektieren sollte. Daher stellen wir den Antrag, das Konto 3636.00 ist von 25'000 Franken um 5'000 Franken auf den ursprünglich budgetierten Betrag von 20'000 Franken zu senken.

Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im eigenen Namen: Ich spreche zum jetzt gestellten Antrag sowie zu den weiteren Anträgen betreffend private Organisationen und Auslandhilfe.

Ich bin äusserst dankbar, dass ich in der Schweiz leben darf. Ich bin hier geboren, ich habe eine unglaubliche Bildung genossen, ich lebe in einem Land, das stabil ist und ich habe vergleichsweise einen sehr grossen Wohlstand, wenn man auf die Welt schaut. Ich habe das nicht gewählt. Ich habe einfach Glück gehabt, dass ich hier auf die Welt gekommen bin. Ich für mich habe entschieden, dass dieses Glück auch eine Verpflichtung zum Teilen ist. Es geht hier nicht nur um etwas Ehrenwertes, sondern auch darum, dass wir etwas von dem weitergeben sollen, was wir mehr haben als andere Menschen, die auf der gleichen Erde leben wie wir.

Ja, wir sind in finanziell schwierigen Zeiten, das ist schon so. Das hat jetzt gerade auch Bundesbern so eingeschätzt und hat ebenfalls die Auslandhilfe gekürzt. Aber gerade auch damit sind wir nicht allein. Auch die ärmeren Länder sind in schwierigen Situationen und sie trifft es noch viel mehr als uns.

Ja, es ist keine gebundene Ausgabe, das stimmt. Wir haben keine Leistungsvereinbarung in diesem Bereich. Und dennoch empfinde ich es als eine gebundene Ausgabe, als eine moralisch bindende Aufgabe, uns in schwierigen Zeiten erst recht für die Not in der Welt einzusetzen.

Es wird immer wieder gern gesagt, besser Hilfe vor Ort, als dass die Menschen dann zu uns kommen. Ja, der Meinung bin ich. Und wer das auch schon mal gesagt hat, der könnte jetzt sagen, also machen wir auch, was wir sagen.

Mir geht es auch um eine Vorbildfunktion. Meinen Kindern war es mir wichtig weiterzugeben, Teilen ist etwas Wichtiges, ein grosser Wert. Machen wir doch das auch als Stadt.

Vor 30 Jahren haben unsere Vorgänger in diesem Rat dieser Dankbarkeit und dieser Verpflichtung Ausdruck gegeben, indem sie einstimmig mit Enthaltungen beschlossen haben, dass 2 Promille des Steuerertrags für die Auslandhilfe ausgegeben werden sollen. Wir können rechtlich darüber streiten, ob das noch bindend ist oder nicht, aber ich glaube, die damals empfundene Dankbarkeit und moralische Verpflichtung ist auch heute noch da.

Konkret etwas zu den zwei Anträgen aus der GPK, wo es darum ging, um je 5'000 Franken zu erhöhen. Die Idee dahinter war, dass bei der Erhöhung für private Organisationen in der Schweiz das Departement die Möglichkeit hat, auf Katastrophen in der Schweiz zu reagieren. Da war zum Beispiel im letzten Jahr das Unwetter in La Chaux-de-Fonds. Dann möchten wir gern, dass es die Möglichkeit gibt, spontan zu unterstützen. Dasselbe ist auch beim Ausland eine gute Gelegenheit, wenn Krisen ausbrechen, von denen wir jetzt gerade nichts wissen. Wohin es mit Syrien in den nächsten Monaten geht, haben wir keine Ahnung. Auch da wäre es schön, einen Freiraum zu haben, um solche Projekte zu unterstützen.

Explizit haben wir in der GPK auch darauf hingewiesen, dass wenn möglich Projekte mit Bezug zu Frauenfelderinnen und Frauenfeldern gefördert werden können. Es gibt immer wieder Menschen aus unserer Mitte, die sich im Ausland persönlich engagieren. Und wenn von denen ein Antrag kommt, wäre es schön, wenn dieser auch unterstützt werden könnte.

Was haben wir davon, wenn wir diese Beiträge erhöhen? In der biblischen Tradition gibt es das Wort Segen, dass Teilen und die Solidarität mit Segen belohnt wird. Unsere Jugend würde es vielleicht Karma nennen. Das wird zwar meistens im Negativen gebraucht, aber im Positiven könnte das auch gebraucht werden. Und im Leben weiss ich, dass es glücklich macht, wenn man geben und teilen kann. Wohlstand ist mehr als nur ein gefülltes Bankkonto. Zu Wohlstand gehört auch Glück, und für mich ist die Möglichkeit, teilen zu können, ein Teil dieses Glücks. Darum seien Sie grosszügig und seien Sie dankbar mit dem, was wir jetzt machen.

Wenn Sie jetzt sagen, das war jetzt wieder mal eine Predigt zum Advent, dann wissen Sie seit heute, das Predigen hier im Saal hört von Pfarrern zumindest nächsten Sommer auf. Ob dann weniger gepredigt wird, müssen Sie dann sehen.

Stadträtin Barbara Dätwyler Weber (SP): Ich spreche zum Antrag von Gemeinderätin Lisa Badertscher zum Konto 5001.3636.00 zu den Beiträgen an private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Hierbei handelt es sich um ein Konto, von welchem ich lokalen und regionalen Angeboten wie Tischleindeckdich, Pro Infirmis, Caritas Kulturlegi, Ostschweizer helfen Ostschweizern oder die Winterhilfe Thurgau mit einem Betrag unterstützen kann. Diese Angebote sind eine zusätzliche Hilfe der Bedürftigen in Frauenfeld, sind subsidiär eine Hilfe in der Sozialhilfe und sind ein sichtbarer und überprüfbarer Erfolg. Meine wichtigen Partner kann ich mit 20'000 Franken genug unterstützen. Die vorgeschlagene Erhöhung im lachsfarbenen Papier der GPK kann ich nachvollziehen und könnte ich ausführen. Ich gebe den Betrag sehr gern weiter, bin aber auch zufrieden mit meinem Vorschlag von 20'000 Franken. Und mit einem Gruss vom Stadtpräsidenten – wir sprechen hier von der kleinen, goldenen Münze.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion SVP/EDU wird mit 16 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

S. 189

5001 / 3638.00 Auslandhilfe an Hilfswerke ordentlich

Gemeinderätin Lisa Badertscher (SVP), Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU:

Begründung meines nachfolgenden Antrags: Die für die Stadträtin Barbara Dätwyler wichtige Städtepartnerschaft kann weiterhin mit den 35'000 Franken finanziert werden. Gesuche um weiteren Unterstützungsbedarf bei Projekten zu überprüfen, erfordert einen hohen Personalaufwand. Und Gesuche mit Bezug zu Frauenfeld sind grundsätzlich zurückgegangen (siehe Protokoll der GPK GGF vom 12. November 2024).

Laut der Beantwortung der Einfachen Anfrage «Inlandhilfe anstatt Auslandhilfe» von Thomas Gemperle von 2014. Da steht unter Punkt 2: «Die Motion wurde vom Stadtrat weiterbehandelt und gemäss Motionsauftrag erfolgte eine entsprechende Delegation der Zuständigkeit für deren Umsetzung. Der Gemeinderat ist gemäss Gemeindeordnung abschliessend zuständig für die Genehmigung des Voranschlags im Allgemeinen und dem Ausgabenkonto Auslandhilfe im Speziellen.» Unter der Tatsache, dass nie eine Anpassung von Reglementen erfolgte, erachtet die Fraktion SVP/EDU es als Kompetenz des Gemeinderats, die Höhe der Auslandhilfe zu definieren (siehe Beantwortung Einfache Anfrage betreffend «Inlandhilfe anstatt Auslandhilfe» von Thomas Gemperle vom 11. November 2014).

Zudem erwarten wir, dass die zuständige Stadträtin Barbara Dätwyler wie versprochen uns im nächsten Jahr eine Botschaft präsentiert, damit wir über die Motion debattieren können und endlich Klarheit geschaffen wird.

5001 / 3638.00 Auslandhilfe an Hilfswerke ordentlich

Gemeinderat Fabio Bergamin (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP sowie der Fraktion SP: Ich stelle im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP und der Fraktion SP einen Antrag zum selben Konto wie der Antrag, den wir gerade gehört haben.

Die für erheblich erklärte Emotion Wüthrich und 30 Jahre Wohnheitsrecht sind für den Stadtrat bindend. Für die Auslandhilfe sind 2 Promille des Ertrags aus den direkten Steuern einzusetzen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Stadtrat diese über 30 Jahre alte Regelung auf den Prüfstand stellen möchte. Dagegen haben wir nichts Grundsätzliches einzuwenden. Es ist völlig legitim, sich kritisch zu überlegen, ob eine 30 Jahre alte Regelung aus heutiger Sicht immer noch wichtig ist oder ob sie einer Anpassung bedarf. Der Stadtrat hat in diesem Fall die Möglichkeit, dem Gemeinderat ein Geschäft betreffend einer Neuregelung zu unterbreiten. Ein solches Geschäft wird dann im Gemeinderat ordentlich debattiert, und die neue Regelung würde nach Annahme durch die Legislative in Kraft treten.

Wie einem Artikel in der Thurgauer Zeitung vom 15. November 2024 zu entnehmen ist, plant Stadträtin Barbara Dätwyler, dem Gemeinderat zeitnah ein solches Geschäft zu unterbreiten. Wir begrüssen dieses Vorgehen. Und wir begrüssen, dass wir so im nächsten Jahr hier ordentlich über die Höhe der Frauenfelder Auslandhilfe debattieren können. Um dieser Debatte nicht vorzugreifen, stellen wir den Antrag, die Auslandhilfe heute ein letztes Mal ordnungsgemäss nach Vorgabe der Motion Wüthrich zu budgetieren, damit wir dann im nächsten Jahr in Ruhe im Rat über die Höhe der Auslandhilfe debattieren können. Diesem Antrag stellen wir nicht zuletzt aus demokratiepolitischen Gründen und aus Respekt vor erheblich erklärten Motionen generell, egal welche politische Ecke sie einmal initiiert hat. Die zuständige Stadträtin bitten auch wir, die von ihr gemachte Ankündigung in die Tat umzusetzen und dem Gemeinderat zeitnah ein Geschäft über die Höhe der Auslandhilfe vorzulegen. Bitte rechtzeitig vor der Debatte über das Budget 2026.

Noch zur Frage, warum zu dieser Motion nie ein Reglement erstellt worden ist: Meine Vorrednerin zitierte aus der Antwort zur Einfachen Anfrage von Gemeinderat Thomas Gemperle 2014. Da steht auch: «Der Stadtrat beauftragt die Abteilung Soziales, die Motion soll umgesetzt werden.» Ein Reglement wurde nicht erstellt, da es sich aufgrund der Materialien um einen klaren Auftrag handelte. Das war also damals in den 1990er-Jahren, und es gibt offenbar einen Antrag zur Umsetzung des Stadtrats.

Und noch grundsätzlich zur Entwicklungshilfe in der Schweiz: Es ist in der Schweiz üblich, dass nicht nur der Bund, sondern auch die Gemeinden und teilweise die Kantone Entwicklungshilfe leisten. Ein Vergleich mit anderen Städten über die kommunale Auslandhilfe gemessen an den Steuereinnahmen zeigt, die Städte St. Gallen und Schaffhausen haben in den vergangenen Jahren jeweils ähnlich viel für die Auslandhilfe ausgegeben wie Frauenfeld. Die bisherige Frauenfelder Regelung scheint also im Rahmen dessen zu sein, was andere Städte leisten. Eine Randbemerkung: Das St. Galler Stadtparlament hat im vergangenen Juli eine markante Erhöhung der kommunalen Auslandhilfe beschlossen. St. Gallen wird sich die Auslandhilfe in Zukunft fast doppelt so viel kosten lassen wie bisher.

Ich bin froh, dass Stadtpräsident Anders Stokholm in seinem Votum über die Kulturförderung vorhin über die Stadtgrenzen hinausgeschaut hat und darauf hingewiesen hat, was andere Städte in der Schweiz leisten. Dieser Blick über den Stadtrand hinaus hilft auch bei der Entwicklungshilfe.

Wir stellen den Antrag, die Auslandhilfe im Budget 2025 nach den Berechnungsgrundlagen in der für erheblich erklärten Motion Wüthrich zu budgetieren. Diese Berechnungsgrundlagen sind im Übrigen ganz klar und unmissverständlich formuliert. Bei diesem Antrag geht es um nichts anderes als die Umsetzung der bisherigen und immer noch gültigen Regelung zur Festsetzung der kommunalen Auslandhilfe in Frauenfeld, bis allenfalls im kommenden Jahr eine neue Regelung beschlossen wird.

Die Auslandhilfe in einem Murks und ohne ordentliche Debatte einfach durch die Hintertür sehr wesentlich zusammenzustreichen, halten wir für den falschen Weg. Konkret lautet der Antrag der Fraktion CH/Grüne/GLP und der Fraktion SP wie folgt:

5001 / 3638.00 Auslandhilfe an Hilfswerke ordentlich: Das Konto 3638.00 ist von 40'000 Franken um 51'000 Franken auf 91'000 Franken zu erhöhen. Wir danken für die unterstützenden Stimmen auch aus anderen Fraktionen.

Stadträtin Barbara Dätwyler Weber (SP): Ich nehme Stellung zu den Anträgen zum Konto 5001.3638.00 Auslandhilfe.

Gern wiederhole ich meine Worte aus der Fragestunde im September dieses Jahres. Auch ich zitiere aus der Antwort der Einfachen Anfrage von Thomas Gemperle. Die Motion Wüthrich wurde vom Stadtrat weiterbehandelt und gemäss Motionsauftrag erfolgte eine entsprechende Delegation der Zuständigkeit für deren Umsetzung. Der Gemeinderat ist gemäss Gemeindeordnung abschliessend zuständig für die Genehmigung des Voranschlags im Allgemeinen und dem Ausgabenkonto Auslandhilfe im Speziellen. Der Stadtrat hat sich also an gesetzliche Grundlagen gehalten bezüglich Budgetangaben und auch die Willensbekundungen des Parlaments jahrelang umgesetzt, jedoch ohne eine rechtliche Grundlage spezifisch zum Betrag der Auslandhilfe zu schaffen. Da hier ein Sparpotenzial

durch mich ausbedungen wurde, des Weiteren ich die Einsetzung der Unterstützung in Frauenfeld und der näheren Region als sinnvoller einstufte, habe ich in den letzten beiden Budgets jeweils einen geringeren Betrag als die 2 Promille für die reine Auslandhilfe vorgeschlagen. Den Beitrag an die Entwicklungshilfe im Ausland erachte ich als zielführender in der Städtepartnerschaft mit Winterthur, St. Gallen und Schaffhausen, wo ein Projekt unter streng festgelegten Kriterien einen grösseren Betrag erhält. Das letzte Wort hat jedoch immer der Gemeinderat. Da dieser Umstand nun schon zum dritten Mal eine grosse Diskussion auslöst, werde ich wie versprochen zeitnah eine Klärung herbeiführen, wahrscheinlich mit einer Botschaft an den Gemeinderat.

Ich habe den Betrag als Sparbeitrag für das städtische Budget gesehen und bleibe deshalb bei meinem Antrag von 35'000 Franken. Die vorgeschlagene Erhöhung im lachsfarbenen Papier der GPK kann ich nachvollziehen und könnte ich ausführen. Der Antrag von Gemeinderat Bergamin mit 91'000 Franken geht dem Stadtrat zu weit und würde meine Sparbemühungen torpedieren. Sie sind ganz sicher nicht kostenneutral umzusetzen. Ich bitte Sie daher, dem Antrag der SVP zu folgen oder dem lachsfarbenen Papier der GPK.

Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP): Bei den beiden Anträgen zu Konto 3636.00 handelt es sich um zwei gleichrangige Anträge. Ich werde deshalb Folgendes abstimmen lassen: Zuerst die beiden Anträge aus den Fraktionen gegeneinander, danach den siegreichen Antrag zur Zustimmung oder Ablehnung.

Abstimmung

Antrag SVP/EDU: 18

Antrag CH/Grüne/GLP: 19

Enthaltungen: 2

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion CH/Grüne/GLP wird mit 19 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung durch Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt.

Finanzplan 2026-2028

Keine Wortmeldungen.

Finanzkennzahlen der Stadt

Keine Wortmeldungen.

Investitionen, departementsbezogene Aufwendungen und Erträge

Keine Wortmeldungen.

Budget 2025 von Thurplus

Gemeinderat Stefan Eggimann (EVP), Referent im Namen der GPK Bau und Werke:
Die GPK Bau und Werke hat das Budget im Hinblick auf Thurplus am 11. November 2024

beraten. Seitens Stadt und Thurplus waren Stadtrat Fabrizio Hugentobler, Geschäftsleiter Peter Wieland, Finanzchef Reto Angehrn und Sascha Rohner, Teamleiter Finanzen und Controlling bei Thurplus, anwesend. Die bei der Beratung noch fehlenden Erläuterungen wurden mit dem Gemeinderat am 4. Dezember 2024 per E-Mail nachgeliefert.

Thurplus präsentiert ein Budget mit einem Ertragsüberschuss von 6 Mio. Franken. Und wir kennen es auch aus anderen Rechnungen, davon sind jedoch wie in den Vorjahren 5.3 Mio. Franken reine Buchgewinne und der Auflösung von Aufwertungsreserven geschuldet, die es nur noch bis 2029 gibt. Erfreulich ist deshalb, dass nach dem Verlust im Vorjahr nun wieder ein knapp positives betriebliches Ergebnis budgetiert werden kann, auch wenn es nur 4'000 Franken sind. Ich habe jetzt leider kein Münz dabei, um das hochzuhalten. Im Folgenden gehe ich auf einige in der GPK besprochenen Punkte ein.

Botschaft

S. 35

Ein Mitglied stellte fest, dass der Verrechnungsprozess besser geworden sei, dass es aber immer noch Herausforderungen gebe. Der Geschäftsleiter von Thurplus führte dazu aus, dass es im Bereich des Datenmanagements zu Fehlern gekommen sei, die sich auch auf die Verrechnung auswirkten. Diese Fehler seien nun aber behoben. Herausfordernd war und ist weiterhin die personelle Situation im Kundendienst, wo es zu einem Todesfall und krankheitsbedingten Ausfällen kam. Drei von fünf Stellen müssen hier neu besetzt werden.

S. 37

Ein Mitglied der GPK verwies auf die mit 60 % erneut tiefe Umsetzungsquote der Investitionen. Zur Erinnerung, 2023 waren wir bei lediglich 35 %. Es wurde die Frage gestellt, ob bei künftigen Budgets von Thurplus nicht eine Anpassung der Pauschalkorrektur notwendig wäre. Finanzchef Reto Angehrn hielt fest, dass dies derzeit nicht angezeigt sei und der Umsetzungsgrad im auslaufenden Jahr aus bekannten Gründen (Budget) tief ausfalle.

S. 45

Ein Mitglied der GPK fragte nach den Möglichkeiten einer spezifischen Entlastung von einkommensschwachen Personen im Bereich der Energietarife. Der Geschäftsleiter verwies auf das Gebot der Gleichbehandlung und legte dar, dass man die Tarife nicht individuell subventionieren könne.

Erfolgsrechnung

S. 359

Gemeindestrassen / 3141.30 Strassenbeleuchtung

Ein Mitglied wollte wissen, was dieses Konto beinhaltet. Gemäss Thurplus sind hier Erneuerungsprojekte (Hardwareersatz) projektiert, nicht jedoch Stromkosten. Die Kostenzunahme wird mit der grossen Anzahl an Projekten begründet.

S. 366

Gasversorgung / 3111.08 Anschaffung Gaszähler

Ein Mitglied stellte hier Schwankungen der Beträge fest. Laut Thurplus haben die Gaszähler eine vorgeschriebene Lebensdauer von zwölf Jahren. Jedes Jahr müssen deshalb Zähler nach dieser Lebensdauer ersetzt werden.

S. 367

Gasversorgung / 4451.00 Dividenden aus Beteiligungen

Hier handelt es sich gemäss Auskunft von Thurplus um die Dividenden der Beteiligung an der Axpo Kompogas AG, von der Thurplus Biogas bezieht. Der deutlich höhere Budgetbetrag entspricht dem Ist-Betrag 2024.

S. 357

Allgemeine Dienste / 3130.05 Diverse Leistungen Informatik

Ein Mitglied stellte die stetige Steigerung in diesem Konto fest. Gemäss Thurplus handelt es sich hier um Informatikberatungen im Zusammenhang mit dem Mantelerlass. Gemäss den Erläuterungen trägt auch die Digitalisierung der Mess- und Verrechnungsprozesse zum wachsenden Aufwand in diesem Konto bei.

Investitionen

S. 399

Investition 10.189 Technisches Netzwerk

Ein GPK-Mitglied fragte nach, um welches Netz es hier gehe. Der Geschäftsleiter erklärte, dass das gesamte Informatiknetzwerk inklusive Firewall noch ein letztes Jahr vom Kanton betrieben wird. Hier geht es nun um den gesamten Ersatz, der ausgeschrieben wird.

S. 435

Investition 10.025 Freie Strasse, Begegnungszone

Ein Mitglied fragte an, ob der Teil Beleuchtung dieser Position im Rahmenkredit Innenstadt enthalten sei. Der Geschäftsführer führte aus, dass dieser Aufwand intern der Stadt verrechnet werde. Die Frage, ob diese Position dann dem Rahmenkredit Innenstadt angerechnet wird, konnte noch nicht beantwortet werden.

Im Namen der GPK Bau und Werke danke ich allen Beteiligten für die Erstellung des Budgets. Die GPK Bau und Werke stimmt dem Antrag 3 resp. neu Antrag 4 einstimmig zu.

Keine Wortmeldungen aus dem Rat.

Alterszentrum Park

Gemeinderat Fabio Bergamin (CH), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Die GPK hat anlässlich ihrer Sitzung vom 26. November

2024 im Beisein von Stadträtin Regine Siegenthaler, dem Leiter des Alterszentrums Park Michael Tobler und dem Leiter Finanzamt Reto Angehrn das Budget beraten.

Wir haben die Ausführungen der Stadträtin zur Kenntnis genommen, wonach es vor allem in einem Teilbereich des Alterszentrums Park, dem Alters- und Pflegeheim Ergaten-Talbach herausfordernd sei, schwarze Zahlen zu erreichen. Der Fachkräftemangel sei spürbar, das Heim kämpfe beim Personal mit vielen Langzeitabsenzen und sei auf Temporärpersonal angewiesen, das teuer sei. Bei Lebensmitteln, dem Unterhalt und bei den Beratungskosten sei es zu Kostensteigerungen gekommen. Ab 2025 steigen zudem die Kosten für die Unfall- und Krankentaggeldversicherung sowie für die Informatik. Ausserdem hat der Kanton seinen Anteil an der sogenannten Restkostenfinanzierung für 2025 um 4.3 % gekürzt. Die Löhne der Mitarbeitenden des Alterszentrums Park werden 2025 teuerungsbedingt um 1.3 % angehoben, wie der Leiter des Alterszentrums Park an der Sitzung ausführte.

Zu Mehreinnahmen oder Minderausgaben sollen folgende Massnahmen beisteuern: Das Alterszentrum Park hebt 2025 in allen Teilbereichen die Pensionstarife an. Die Tarifierpassung für den Teilbereich des Alters- und Pflegeheims Ergaten-Talbach haben wir hier im Rat am 27. November 2024 bereits gutgeheissen. In Angriff genommene Projekte sollen sich laut Stadträtin Regine Siegenthaler positiv auf die Finanzen auswirken. Um die Finanzen besser steuern zu können, arbeitet das Alterszentrum ausserdem mit einem externen Controller zusammen. Das Alterszentrum führt das Personalwesen neu selbst und bezieht die Leistungen nicht mehr wie bisher von der Stadt. Den Bereich Personalwesen stockt es dazu um 160 Stellenprozente auf. In der Hotellerie streicht es Stellen im Umfang von 300 Stellenprozente. Insgesamt senkt sich der Personalaufwand im Bereich Verwaltung und Hotellerie gegenüber 2024 um 120 Stellenprozente.

Das Alterszentrum Park rechnet im Budget 2025 über alle Teilbereiche gegenüber den Budget 2024 mit einem um 307'000 Franken höheren Aufwand. Für 2025 budgetiert das Alterszentrum Park ein positives Betriebsergebnis von 217'000 Franken. Für detailliertere Angaben verweise ich auf das GPK-Protokoll.

Die GPK stimmte dem Budget des Alterszentrums Park mit 6 Ja, 0 Nein und 0 Enthaltungen einstimmig zu. Im Namen der GPK danke ich der Stadträtin, dem Leiter des Alterszentrums sowie dem Leiter des Finanzamts für die Beantwortung unserer Fragen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Alterszentrums für ihre geschätzte Arbeit.

Keine Wortmeldungen aus dem Rat.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Abstimmung

Antrag 1 wird einstimmig angenommen.

Antrag 2 wird mit 38 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme angenommen.

Antrag 3 wird mit 38 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Antrag 4 wird einstimmig angenommen

Antrag 5 wird einstimmig angenommen.

Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP): Die Anträge unterstehen gemäss Art. 32 in Verbindung mit Art. 11 der Gemeindeordnung dem Behördenreferendum. Wer sich für ein Behördenreferendum aussprechen möchte, erhebe sich bitte jetzt vom Sitz. – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Es möchte niemand vom Behördenreferendum Gebrauch machen. Die Referendumsfrist für die Stimmberechtigten beginnt demzufolge am 12. Dezember 2024 und dauert 45 Tage.

Wir haben die heutige Tagesordnung durchberaten.

Von Gemeinderat Tobias Lenggenhager wurde eine Einfache Anfrage zum Thema «Sehen und gesehen werden, zunehmende Videoüberwachung des öffentlichen Raums in Frauenfeld» eingereicht.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 22. Januar 2025 um 18.00 Uhr statt.

Ich wünsche allen schöne Festtage und jetzt schon ein gutes neues Jahr. Ich danke dem Ratssekretär und seinem Team der Stadtkanzlei für die wertvolle Unterstützung bei der Vorbereitung und der Stadtgärtnerei für den immer schönen Blumenschmuck. Ich erkläre die heutige Sitzung für geschlossen.

Frauenfeld, 11. Dezember 2024

STADT FRAUENFELD
Gemeinderat Frauenfeld

Der Gemeinderatspräsident

Der Gemeinderatssekretär

Hanspeter Gubler

Mathias Frei

STADT FRAUENFELD
Gemeinderat Frauenfeld

Der Gemeinderatspräsident: Hanspeter Gubler

Der Gemeinderatssekretär: Mathias Frei